

Im Visier der Supermacht

251287 Dokumente aus dem Washingtoner Außenministerium, meist vertrauliche und geheime Botschaftsberichte aus aller Welt, enthüllen, wie die USA versuchen, ihren Einfluss rund um den Erdball zu wahren. Die Veröffentlichung erschüttert die US-Diplomatie bis in ihre Grundfesten.

Können die Vereinigten Staaten von Amerika ohne Deutschland überleben? Was ist hierzulande so wichtig, dass „eine Zerstörung oder Erschöpfung“ dieser Ressourcen einen „unmittelbaren und schädlichen“ Effekt für die USA hervorrufen würde? Im Klartext: Was darf auf keinen Fall zerstört werden – auch nicht im Fall eines Krieges?

Die Antworten finden sich im amerikanischen Außenministerium in Washington. Dort existiert eine weltumfassende Liste „kritischer Infrastruktur und Schlüsselressourcen“. Sie wurde von den diplomatischen Missionen der USA zusammengetragen, und selbstverständlich ist sie geheim. Für Deutschland sind unter anderem verzeichnet: Einrichtungen für transatlantische Kommunikation, Firmen, die spezifische Hightech-Produkte zur Energiesicherung herstellen, oder Unternehmen aus dem Rüstungsbereich, die sich etwa auf Mörser spezialisiert haben. Dazu Biotech-Betriebe, die Impfstoffe produzieren, oder Fabriken, in denen Medikamente gegen Strahlungsschäden gemischt werden.

Kulturdenkmäler haben es weder hier noch anderswo auf diese Liste geschafft, wohl aber einige strategisch wichtige Orte wie beispielsweise der gesamte Hamburger Hafen. Der war im letzten Krieg noch vorrangiges Ziel amerikanischer und britischer Bomber gewesen.

Überhaupt ist das amerikanische Außenministerium, Zentrale und Hauptadressat für 260 Botschaften und Konsulate in 180 Ländern, eine Sammelstelle für politisch relevante oder heikle Informationen aus allen Erdteilen. Hier laufen Berichte und Einschätzungen von 12 000 amerikanischen Diplomaten zusammen und bilden eine Datenbank, in der sich Amerikas Blick auf die Welt manifestiert, sauberlich geordnet nach der Frage: Wer ist Feind, wer ist Freund? Was nützt uns, was schadet uns? Es ist das geheime Roh-

material, aus dem Washington seine Außenpolitik destilliert – und seinen Zugriff auf die Welt, das „Logbuch diplomatischer Aktivität“, wie das US-Außenministerium selbst diese einzigartige Sammlung von Berichten bezeichnet.

Da gibt es wenig, was nur nebensächlich wäre. Die Botschafter zeichnen die großen Linien der politischen Entwicklung in ihren Ländern nach, aber geben auch die menschlichen Extravaganzen des örtlichen Führungspersonals weiter. Sie schicken Cable um Cable, um die Zentrale beispielsweise davon zu benachrichtigen, ▶ dass der König von Saudi-Arabien seinen Nachbarn Iran nicht ausstehen kön-

med Ali Dschaafari, angeblich zornentbrannt auf Präsident Mahmud Ahmadedschad losgegangen sei und ihm ins Gesicht geschlagen habe oder

▶ dass der ägyptische Präsident Husni Mubarak Amerikas Irak-Krieg für gefährlichen Unsinn – und US-Präsident George W. Bush für unbelehrbar – halte, weil die „brutalen und blutigen“ Iraker demokratieresistent seien, oder ▶ dass um die Unterbringung der Guantanamo-Häftlinge wie auf einem Basar gefeilscht wurde, also Aufnahme eines Freigelassenen nur gegen mehr Entwicklungshilfe beziehungsweise gegen einen Staatsbesuch von Präsident Barack Obama persönlich, oder

▶ dass inzwischen sogar Teile der chinesischen Führung die Unberechenbarkeit ihres nordkoreanischen Verbündeten Kim Jong Il satt hätten und sich eine Wiedervereinigung unter Südkoreas Kontrolle vorstellen könnten.

So geht das weiter, rund um die Welt, tausendfach, hunderttausendfach; es gibt wenig, was den geschulten, stets skeptischen Blicken der US-Botschaften entgeht.

Das State Department, nach seinem ursprünglich sumpfigen Standort unweit des Potomac-Flusses „Foggy Bottom“, Nebeloch, genannt, ist alles andere als dies. Es beherbergt das politische Gedächtnis einer Weltmacht, die noch vor kurzem glaubte, sie könne als einzig verbliebene Supermacht die Welt regieren.

Für Formulierung und Exekution der amerikanischen Außenpolitik macht die gewaltige Datenflut – das Protokoll einer „Diplomatie in Aktion“, so das Außenministerium – allerdings nur Sinn, wenn die Berichte auch geheim bleiben. Was nützt es US-Außenpolitikern, wenn Freund und Feind wissen, wie Amerika wirklich über Partner oder Gegner denkt? Natürlich sind Geheiminformationen etwa über

1) (c) please provide any information on the personal relationship between russian pm vladimir putin and italian pm silvio berlusconi. What personal investments, if any, do they have that might drive their foreign or economic policies?

Depesche von Außenministerin Clinton an die US-Botschaften in Moskau und Rom vom 28. Januar 2010:

„Übermitteln Sie bitte alle Informationen über die persönliche Beziehung zwischen dem russischen Premier Wladimir Putin und dem italienischen Premier Silvio Berlusconi. Welche persönlichen Investitionen haben sie, wenn überhaupt, getätigt, die ihre Außen- oder Wirtschaftspolitik beeinflussen könnten?“

ne und das Mullah-Regime „ohne Zweifel für irgendwie labil“ halte oder

▶ dass der russisch-georgische Krieg im Sommer 2008 gezeigt habe, wer im Moskauer Führungs-Duo von Präsident Dmitrij Medwedew („blass, zögerlich“) und Premierminister Wladimir Putin („Alpha-Rüde“) der Koch und wer der Kellner sei, oder

▶ dass Amerikas wichtigster Verbündeter im Afghanistan-Krieg, Präsident Hamid Karzai, eine „schwache Persönlichkeit“ sei, die von „Paranoia“ und „Verschwörungsvorstellungen“ getrieben werde, oder

▶ dass bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats in Teheran der Stabschef der Revolutionswächter, Moham-



Außenministerin Clinton, Präsident Obama
im Weißen Haus

Waffenlieferungen wirkungsvoller, wenn US-Akteure Druck auf störrische Verbündete machen wollen. Wie die USA der Welt gegenüber treten, warum sie Freund oder Feind in eine bestimmte Richtung lenken wollen, durch welche Sanktionen US-Diplomaten den Griff Irans nach der Bombe verhindern oder wie sie al-Qaida in der Sahara ausschalten wollten, all das geht die Öffentlichkeit, so die Überzeugung der US-Diplomaten, nichts an.

Doch das alles gilt auf einmal nicht mehr.

Die „New York Times“, der Londoner „Guardian“, „Le Monde“ aus Paris, „El País“ aus Madrid und der SPIEGEL beginnen in dieser Woche damit, den gewaltigen verborgenen Datenschatz des Außenministeriums ans Licht zu holen. Aus einem Fundus von 243 270 diplomatischen Depeschen, die Amerikas Botschaften an die Zentrale sendeten, und von 8017 Direktiven, welche das State Department an seine Botschaften in aller Welt verschickte, versuchen die beteiligten Medien in einer Serie von Enthüllungsgeschichten nachzuzeichnen, wie Amerika die Welt sieht, wo Washington Einfluss nimmt, aber auch, wo es Niederlagen einstecken muss.

Es ist eine überreich sprudelnde Quelle: Wer liefert auf dem grauen oder schwarzen Markt für militärische Zwecke nutzbare

Güter oder Waffen in kritische Weltgegenden, etwa nach Syrien oder Burma? Das US-Außenministerium kennt die Herstellerfirmen und nennt Absender-Länder wie China, Malaysia, Ukraine, aber auch deutsche Firmen werden genau beobachtet.

Welchen Erfolg haben die amerikanischen Drohnen-Schläge gegen Taliban-Führer auf pakistanischem Boden? Offenbar durchschlagenden. Während sich die Politiker regelmäßig über die Verletzung pakistanischer Souveränität beschweren, bewerten Militärs den Einsatz der präzisen Fernlenk Waffen als positiv.

Wer finanziert die Gegenseite im Afghanistan-Krieg, wer unterstützt die Islamisten in Gaza, wie besorgt sich al-Qaida Geld? Das State Department hat viele, sicher nicht alle Antworten auf solche Fragen. So schreibt etwa die Botschaft im saudi-arabischen Riad, dass trotz aller Kooperationsbereitschaft der königlichen Behörden „saudi-arabische Spender noch immer die bedeutendste Finanzierungsquelle für sunnitische Terrorgruppen aus aller Welt“ sind.

Die Sammelwut der Washingtoner Diplomaten ist nicht weniger ausgeprägt und nicht weniger weltumspannend ehrgeizig als etwa die der Kollegen von der CIA. Und sie überschreitet auch die Grenzen

des diplomatisch Zulässigen: Weil „die Geheimdienste für einen Großteil der in aller Welt gesammelten biografischen Informationen auf die Berichte von Bediensteten des Außenministeriums angewiesen sind“, fordert Außenministerin Hillary Clinton von ihren Botschaften auch persönliche Informationen über Kontakte und Informanten, unter anderem deren Kreditkartennummern und Vielfliegerkonten (siehe Seite 108). Längst sind sich die feinen Diplomaten nicht mehr zu schade, Hilfsdienste als Spione zu übernehmen.

Solche Enthüllungen sind ein GAU für die amerikanische Außenpolitik. Nie zuvor ist das Vertrauen von Amerikas Gesprächspartnern und Informanten in aller Welt so erschüttert worden: Nun können sie ihre persönlichen Ansichten und Empfehlungen, aber auch ihre Intrigen und ihren Verrat an örtlichen Rivalen öffentlich nachlesen – und dabei auch erfahren, wie die Weltmacht wirklich über sie denkt.

Denn Amerikas Botschafter können gnadenlos in der Beurteilung der Länder der Welt sein, in denen sie akkreditiert sind. Kenia? Ein landesweiter Sumpf blühender Korruption. Fast aus jeder Zeile der Botschaftsberichte spricht Verachtung für die Regierung von Präsident Mwai Kibaki und Premier Raila Odinga.

Das State Department ...

US-Außenminister seit 1997



Hillary Clinton
ab Januar 2009



Condoleezza Rice
ab Januar 2005



Colin Powell
ab Januar 2001



Madeleine Albright
ab Januar 1997



Mitarbeiter

12 000 US-Amerikaner im Ausland

31 000 Nichtamerikaner in ausländischen Einrichtungen

7 400 Mitarbeiter in den USA und in Konsulaten in Mexiko

Etat 2010

16,1 Mrd. Dollar

... und das Ausmaß der Enthüllungen

Zahl der Dokumente

251 287 Berichte von Mitarbeitern des US-Außenministeriums

90 % aus der Zeit ab 2005

9 % aus der Zeit von 2000 bis 2004

Das älteste Dokument stammt aus dem Jahr 1966, das jüngste vom 28. Februar 2010.

Geheimhaltungsstufen

6 % Secret (geheim)

40 % Confidential (vertraulich)

Die übrigen Dokumente sind „nur für den Dienstgebrauch“ oder nicht klassifiziert. Top-Secret-Material findet sich in den Dokumenten nicht.

Regionale Verteilung

Absender* mit

- mehr als 4000 Berichten
- 3000 bis 4000 Berichten
- 2000 bis 3000 Berichten
- 1000 bis 2000 Berichten

*Berücksichtigt wurden die US-Botschaften sowie das Außenministerium in Washington und die Uno-Mission in New York, jedoch nicht die Konsulate.

Türkei? Kommt nicht viel besser weg: Der Botschafter schreibt nach Hause, Premier Recep Tayyip Erdogan habe sich bei der Privatisierung eines Staatsunternehmens bereichert und führe das Land zudem in eine islamistische Zukunft.

Italien? Clinton will wissen, ob Premier Silvio Berlusconi wirklich Privatgeschäfte mit Russlands Putin abgewickelt hat. Entsprechende Gerüchte hatte, nach Botschaftsberichten, ein georgischer Diplomat weitergegeben. Die Regierungen von Italien, Georgien und Russland haben diese Behauptung gegenüber dem SPIEGEL prompt empört zurückgewiesen.

Nun wird die Demokratin in der nächsten Zeit viel Arbeit darauf verwenden müssen, das verlorengegangene Vertrauen ihrer Partner wieder aufzubauen und die Empörung all jener Politiker und Staaten zu besänftigen, die in den Botschaftspapieren schlecht wegkommen. Was wirklich erschüttert ist, sind die Grundlagen amerikanischer Diplomatie.

9. (C) For others, the war showed that Medvedev is not up to challenge of leadership. Russian Caucasus experts told DCM August 21 that Russia could not show weakness in the face of Georgia's challenge in South Ossetia for fear of both external and internal security consequences. Putin, not Medvedev, understood that and orchestrated the required action to meet the challenge, they argued.

Depesche der Moskauer Botschaft vom 26. August 2008:

„Für andere hat der Krieg bewiesen, dass Medwedew der Herausforderung an der Führungsspitze nicht gewachsen ist. Russische Kaukasus-Experten sagten dem stellvertretenden Botschafter, dass Russland keine Schwäche gegenüber der Provokation aus Georgien zeigen dürfe ... Putin verstand das, Medwedew nicht ...“

Welche Explosivkraft das Bekanntwerden vertraulicher Botschaftsdepeschen haben kann, hat sich immer dann gezeigt, wenn, selten genug, Gespräche zwischen führenden Politikern zur Unzeit öffentlich wurden.

Bis auf die Knochen blamiert war etwa die deutsche Bundesregierung, als der SPIEGEL im Sommer 2001 das Protokoll

eines Gesprächs zwischen US-Präsident George W. Bush und seinem Staatsgast Bundeskanzler Gerhard Schröder druckte. Der deutsche Botschafter Jürgen Chrobog hatte das Gespräch auftragsgemäß mitgeschrieben. Die ganze Welt erfuhr, wie die beiden einander nicht besonders wohlgesinnten Führer des Westens die Weltlage einschätzten. Und diesmal ist tausendfacher Ärger programmiert.

Wie die Ende Juli bekanntgewordenen knapp 92 000 Dokumente zum Afghanistan-Krieg oder die jüngst aufgedeckten fast 400 000 Dokumente zum Irak-Krieg sind auch die Berichte aus dem State Department an die Enthüllungsplattform WikiLeaks weitergeleitet worden.

Vieles spricht dafür, dass ein junger Soldat namens Bradley Manning das Material entwendet und WikiLeaks zugespielt hat, ein 23-jähriger „Intelligence-Analyst“ der US-Armee, der viele Monate im Irak stationiert war. In der „Forward Operation Base Hammer“, einem Außenposten in



der Nähe von Bagdad, schob Manning Dienst und durchforstete geheime Unterlagen, auf die er Zugriff hatte.

„Wenn du mehr als acht Monate an sieben Tagen die Woche jeweils 14 Stunden einen noch nie dagewesenen Zugang zu geheimen Netzwerken hättest, was würdest du tun?“, schrieb Manning später einem bekannten Ex-Hacker namens Adrian Lamo, den er online kennengelernt hatte. Lamo protokollierte die Unterhaltungen, und glaubt man den Transkripten, dann war es Manning, der die Depeschen aus dem State Department kopierte. Sein Motiv: „Ich möchte, dass die Menschen die Wahrheit kennen.“

Den mutmaßlichen Beschaffer des Materials, Bradley Manning, traf dagegen die Schärfe des Gesetzes. Adrian Lamo, der Ex-Hacker, dem sich Manning im Mai offenbarte, informierte das FBI, Ende Mai wurde Manning festgenommen. Er sitzt derzeit in Einzelhaft im Gefängnis von Quantico, im US-Bundesstaat Virginia.

Der Analyst wusste offenbar, was er tat, als er die Depeschen weiterreichte. „Hillary Clinton und ein paar tausend Diplomaten rund um die Welt werden einen Herzinfarkt bekommen, wenn sie eines Morgens aufwachen und ein ganzes Archiv ihrer geheimen Außenpolitik öffentlich zugänglich ist“, schrieb er.

Sicherheitsbedenken vor, manche Einwände hat der SPIEGEL akzeptiert, andere nicht. In jedem Fall galt es, das Interesse der Öffentlichkeit abzuwägen gegenüber berechtigten Geheimhaltungs- und Sicherheitsinteressen der Staaten. Das hat der SPIEGEL getan. Die Serie der Berichte wird von Dienstag an auf SPIEGEL ONLINE fortgesetzt.

Wie die anderen Dokumente wurden auch die Botschaftsberichte über ein geheimes Nachrichtennetz, das Secret Internet Protocol Router Network (SIPRNet), an US-Dienststellen verschickt. Das SIPRNet wurde von 2001 erheblich ausgebaut, um den Kommunikationsfluss zwischen US-Außen- und Verteidigungsministerium zu verbessern. Die Anschläge vom 11. September hatten gezeigt, dass die Terroristen auch deshalb nicht rechtzeitig entdeckt worden waren, weil einzelne Behörden ihr Wissen weiter für sich behalten hatten.

2,5 Millionen Amerikaner, Angestellte aus vielen Ministerien und Behörden, vor allem aber aus dem Verteidigungsministerium, haben Zugriff auf diese Daten. Erfahrungsgemäß wird SIPRNet-Material besonders intensiv von Angehörigen des Pentagon genutzt. Es ist von bestimmten Computern aus zugänglich, die unter anderem in den Operationszentralen der Streitkräfte zu finden sind, Anmeldeprozeduren und das Passwort wechseln etwa alle 150 Tage. Selbst Material, das als „top secret“, streng geheim, eingestuft wird und über einen eigenen Zugang verbreitet wird, steht immerhin noch etwa 850 000 Amerikanern zur Verfügung. Die Veröffentlichung der Botschaftsberichte war ein Unfall, der früher oder später eintreten musste.

Gut die Hälfte der jetzt bekanntgewordenen Botschafts-Memos unterliegt keiner Geheimhaltungsstufe, etwas weniger, gut 40 Prozent, sind als „vertraulich“ eingeordnet. Nur sechs Prozent der Dokumente, 15 652 Dokumente, tragen den Vermerk „geheim“, 4330 davon sind so brisant, dass sie als „Noforn“ ausgewiesen sind, also Ausländern nicht zugänglich gemacht werden dürfen. Aneinandergereiht ergeben diese Dokumente Stoff genug für 66 SPIEGEL-Jahrgänge. Zwar geht ein einziger Bericht zurück bis ins Jahr 1966, die weitaus meisten aber sind aus der Zeit nach Einrichtung des Verteilersystems.

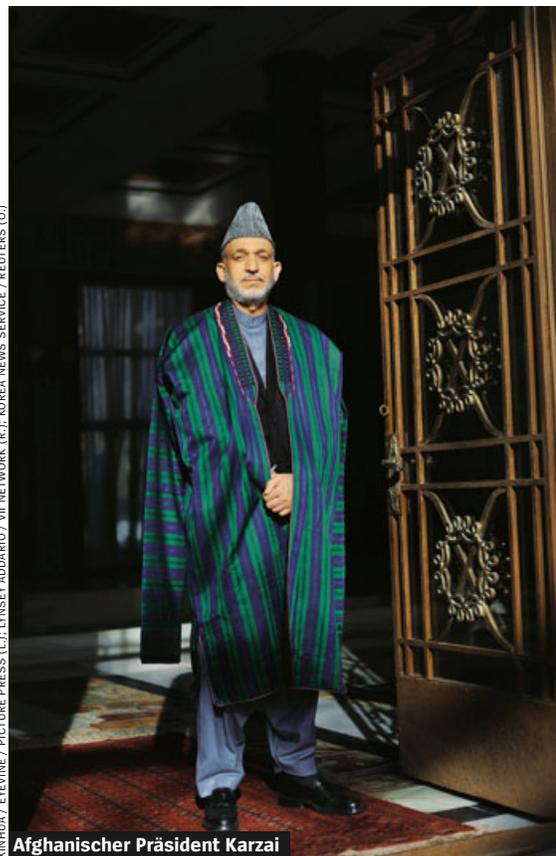
Die Botschaft, aus der das meiste Material stammt, ist Ankara mit knapp 8000 Dokumenten, gefolgt von der größten US-Botschaft überhaupt, der Vertretung in



Nordkoreanische Staatsführung



Chinesischer Parteichef Hu Jintao (M.)



Afghanischer Präsident Karzai

Objekte amerikanischer Botschaftsdepeschen: Unerwartete Wahrheiten

Die Auswirkungen der Veröffentlichungen sind schon jetzt, bevor die Berichte publik werden, immens. Das Pentagon hat eine Arbeitsgruppe mit 120 Mitarbeitern eingerichtet, die prüfen soll, ob die bisherigen Publikationen Schaden angerichtet haben. CIA-Chef Leon Panetta droht für diesen Fall, dass „unsere Regierung mit harter Hand reagieren wird“.

Julian Assange, der Chef von WikiLeaks, ist in den USA zu einer der meistgehassten Personen geworden, die schwedische Justiz sucht ihn zurzeit per Haftbefehl wegen des Verdachts auf Vergewaltigung. Aber bislang hat sich das Material, das er über das Internet verbreitet, als unangreifbar erwiesen. Obwohl er von einigen Gefolgsleuten verlassen wurde, scheint seine Organisation ungebrochen.

Wie zuvor hat WikiLeaks das Material den Medienpartnern zur Prüfung und zur Analyse überlassen. Wieder einmal hat der SPIEGEL das Material gesichtet, analysiert und geprüft. Er hat mit den Ergebnissen seiner Recherchen amerikanische Regierungsstellen konfrontiert, die sich „sehr, sehr entsetzt“ darüber zeigten, dass das Material an die Öffentlichkeit gelangt. „Wir verurteilen, was geschehen ist“, sagte Außenamtssprecher Philip Crowley. „Die Enthüllungen sind schädlich für die Vereinigten Staaten und ihre Interessen.“ Fast immer hat der SPIEGEL darauf verzichtet, die Informanten der Amerikaner kenntlich zu machen, es sei denn, dass allein die Person des Zuträgers schon eine politische Nachricht an sich darstellt. In einigen Fällen trug die US-Regierung Si-

Bagdad mit etwa 6700 Berichten. Doch die Anzahl der Kabel sagt wenig über die Bedeutung des Postens. Kabul ist mit knapp 3000 vertreten und erscheint damit genauso häufig wie die US-Vertretung in Simbabwe. Mit 1700 Berichten hat sich Wien genauso oft gemeldet wie Berlin. Zu den Botschaften, die nur wenig nach Washington melden, gehört merkwürdigerweise der engste westliche US-Verbündete, Großbritannien.

Vieles in diesem Material wird notiert und verschickt, weil die Berichterstatter oder deren Gesprächspartner sicher zu sein glaubten, dass ihre Protokolle während der nächsten 25 Jahre nicht an die Öffentlichkeit gelangen würden. Das erklärt wohl, warum die Botschafter und Gesandten Washingtons auch so viel Klatsch und Berichte vom Hörensagen an die Zentrale melden.

So heißt es in einem Moskauer Bericht über Medwedews Ehefrau Svetlana, sie habe schon schwarze Listen von Amtsträgern angelegt, denen sie ein vorzeitiges Karriereende wünsche, weil sie sich dem Präsidenten gegenüber als unzureichend loyal erwiesen hätten. Oder auch dass sich die Gattin des Staatschefs von Aserbaidshan, Mehriban Alijewa, so oft habe liften lassen, dass sie von weitem zwar mit ihrer Tochter zu verwechseln sei, dafür aber ihr Gesicht kaum noch bewegen könne. Über den libyschen Exzentriker Muammar al-Gaddafi berichten die US-Diplomaten, dass er nirgendwo mehr ohne die Begleitung seiner vollbusigen ukrainischen Krankenschwester hinreise.

Das alles liest sich zwar süffig; andererseits macht es den wahren Reiz dieser Dokumente aus, dass ungewöhnlich viele Politiker im Vertrauen auf die Geheimhaltung ihrer Aussagen die Wahrheit – so wie sie sie sehen oder wie sie sie gern hätten – auch einmal unverblümt aussprechen. Dass es jetzt möglich ist, viele politische Entwicklungen rund um die Welt in den Worten der beteiligten Akteure zu dokumentieren und dadurch die Welt besser zu verstehen, ist Grund genug für den SPIEGEL, staatliche Geheimhaltungsvorschriften zugunsten größerer Transparenz hintanzusetzen.

Was beweisen die Tausende Dokumente, lässt sich aus ihnen wirklich rekonstruieren, wie Amerika die Welt am Zügel führt? Sind Washingtons Botschafter eigenständige Machtzentralen in ihren Gastländern?

Die Masse des Materials setzt erst ein, als Amerika den Gipfel seiner Macht überschritten hat. Die Zeiten des Trium-

phalismus, als sich die USA nach dem Ende des Kalten Krieges in der letzten Dekade des vorigen Jahrhunderts als „unverzichtbare Nation“ (so die ehemalige Außenministerin Madeleine Albright) selbst feierten, sind offenbar vorbei. Und selbst diese Ausnahmepériode war keine gute Zeit für Amerikas Diplomaten.

In der Verfolgung außenpolitischer Ziele haben die Vereinigten Staaten nach dem Zusammenbruch der Konkurrenz aus dem Osten deutlicher auf militärische Stärke und geheimdienstliche Kapazitäten gesetzt als auf Diplomatie: Unter George W. Bush schrumpfte der diplomatische Dienst wie nie zuvor. Es gab mehr

Außenministerin Clinton sekundierte. In einer Rede verkündete sie ihren Vorschlag, „von einer weitgehend direkt ausgeübten Umsetzung amerikanischer Macht“ zu einer mehr indirekten Außenpolitik zu gelangen, für die sie mehr Geduld, aber auch mehr Partner brauche.

Zwischen diesen Polen diplomatischer Aktivität sind auch die jetzt bekanntgewordenen Dokumente angesiedelt.

Sie zeigen einerseits, wie überall auf dem Erdball noch immer die führenden örtlichen Politiker um das Wohlwollen der Amerikaner rangeln. Die Frage, wer sich wann mit Obama ablichten lassen darf, ruft auch unter den großen europäischen



Libyscher Staatschef Gaddafi



Iranischer Präsident Ahmadinedschad



Terroristentraining in Afghanistan



Italiens Premier Berlusconi, russischer Präsident Putin

Themen amerikanischer Botschaftsdepeschen: „Diplomatie in Aktion“

Musiker in US-Militärkapellen als Diplomaten, der Pentagon-Haushalt war mehr als 24-mal so hoch wie die Ausgaben für das State Department und für Entwicklungshilfe zusammen.

Erst Obamas Verteidigungsminister Robert Gates, der diesen Posten allerdings auch schon unter Bush bekleidete, hat zugegeben, für ihn sei es „eine der wichtigsten Lehren aus den Kriegen im Irak und in Afghanistan, dass militärischer Erfolg nicht ausreicht, um zu gewinnen“. Erst unter Obama setzte sich deshalb eine Neuorientierung der Außenpolitik durch. Aus dem Weißen Haus erging die Order, dass sich die amerikanische Diplomatie nach einem Jahrzehnt des Kampfes gegen den Terrorismus einer breiter gefächerten Politik zuwenden müsse.

Staaten Rivalitäten hervor. Amerikas Diplomaten in Madrid kabela nach Hause: „Aus innenpolitischen Gründen wollen (die Spanier –Red.) unbedingt einen US-EU-Gipfel ausrichten. Kommt kein Besuch des Präsidenten zustande, würde das als großes Versagen von (Premierminister José Luis Rodríguez –Red.) Zapatero angesehen.“

Dennoch ist die Zeit, in welcher der örtliche US-Botschafter als Vertreter des amerikanischen Präsidenten Anweisungen erteilen kann, eigentlich überall vorbei. Schon unter Bush ist es den US-Diplomaten in den ersten Monaten des Jahres 2003 nicht gelungen, von den 14 anderen Mitgliedern im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mehr als drei Staaten für eine Resolution zu gewinnen, die den

Hinter den Kulissen Bedeutung der kryptischen Codes der US-Depeschen anhand eines Beispiels

Die **Übertragungskennung** (Transmission Identifier). Department-of-State-Meldungen fangen mit V und ZCZC an.

Adressaten. Die ersten beiden Buchstaben bestimmen, wie schnell die Dokumente im Netz weitergeleitet werden sollen. Z steht für Blitzmeldung, O für unverzüglich, P für Priorität und R für Routine.

RUEHBC, RUEHKUK und RUEHTRO sind „Routing Indicators“, Empfänger im Netzwerk, und stehen für das Botschafts-Office in Basrah, das regionale Wiederaufbauteam in Erbil und die Botschaft in Tripolis.

VZCZCXRO5845

PP RUEHBC RUEHKUK RUEHTRO

DE RUEHKU #0142/01 0481442

Der **Urheber.** DE bedeutet „von“, RUEHKU ist die Botschaft in Kuwait. 0142 ist eine Seriennummer. 01 folgt, wenn die Meldung mehrere Abschnitte hat.

Die letzte Eintragung ist der **Übermittlungszeitpunkt.** 048 meint den 48. Tag im Jahr, das ist der 17.2. Danach folgt die Uhrzeit in Greenwich Mean Time (GMT).

4 ZNY SSSSS ZZH

5 P 171442Z FEB 10

6 FM AMEMBASSY KUWAIT

4 **„Classification“.** ZNY heißt, die Nachricht muss über eine sichere Leitung gehen. Zusammen mit SSSSS bedeutet diese Buchstabengruppe „secret“. ZZH meint, dass die Meldung von einer Stelle des Department of State erstellt wurde.

7 TO RUEHC/SECSTATE WASHDC PRIORITY 4627

8 INFO RUCNIRA/IRAN COLLECTIVE PRIORITY

RHEHNSC/NSC WASHDC PRIORITY

9 S e c r e t section 01 of 03 kuwait 000142

5 Die **Datumszeile.** P steht für „Priority“, gefolgt von Datum und Zeit. Z steht für „Zulu time zone“ und ist gleichbedeutend mit GMT.

10 Sipdis
noforn

„Not Releasable to Foreign Nationals“. Solche Dokumente dürfen Ausländer nicht sehen.

12 Nea/arp, nea/ra

Die **Geheimhaltungsfrist** nach Executive Order 12958.

E.o. 12958: decl: 02/16/2020

6 Der **Absender** im Klartext. FM bedeutet „from“.

14 Tags: pgov, prel, pter, ir, ym, ku

7 Der **Hauptempfänger** im Klartext. RUEHC ist das Außenministerium. Mit der Nummer kann der Meldungsverkehr im Netz verfolgt werden.

Subject: kuwait interior minister sounds alarm on iran; offers assurances on gtm returns and security

Ref: kuwait 137

Bezug (Reference).

17 Classified By: DCM Tom Williams for reasons 1.4 b and d

8 **Zu informierende Stationen** (RHEHNSC etwa ist der Nationale Sicherheitsrat), gefolgt von der Priorität.

9 **Geheimhaltungsstufe**, Abschnitt 1 von 3 der Meldung (ein Abschnitt ist 110 Zeilen lang), Absender und Seriennummer.

10 **SIPRNet Distribution.** Das „Secret Internet Protocol Router Network“ wird von Verteidigungs- und Außenministerium zur Übertragung geheimer Informationen genutzt.

12 **NEA** ist die Abteilung für Nahost-Angelegenheiten im Außenministerium. NEA/ARP und NEA/RA sind die Unterabteilungsleiter für die arabische Halbinsel bzw. regionale Angelegenheiten.

14 **Traffic Analysis by Geography and Subject (TAGS).** Alle Telegramme müssen mindestens einen Begriff enthalten. Das vorangestellte „P“ steht dabei für den Bereich „Politische Angelegenheiten“.

PGOV = Interne Regierungsangelegenheiten
PREL = Auswärtige politische Beziehungen

PTER = Terrorismus
IR = Iran

YM = Yemen
KU = Kuwait

17 **Diese Person hat die Geheimhaltung veranlasst** (DCM = Stellvertretender Chef der Botschaft). Die Gründe: 1.4 b = Informationen von fremden Regierungen, 1.4 d = auswärtige Beziehungen oder auswärtige US-Aktivitäten inkl. vertraulicher Quellen.

DER SPIEGEL

Einmarsch in den Irak absegnen sollte. Und auch nach dem Sturz des Diktators Saddam Hussein war es für die Siegermacht nicht leicht, ihren Willen durchzusetzen. In Bagdad muss inzwischen der amerikanische Vizepräsident Joe Biden immer wieder vorbeischaun und die verbündeten irakischen Politiker anhalten, endlich eine respektable Demokratie einzurichten. Doch weder Obamas Stellvertreter noch Druck, noch gute Worte, das zeigen die Botschafts-Memos überdeutlich, haben bislang geholfen.

Überhaupt enthüllten vor allem die Meldungen aus dem Nahen Osten die Schwäche der Supermacht. Schon immer hat Washington es als überlebensnotwendiges Interesse angesehen, sich seinen Teil an den Energievorräten zu sichern. Doch vor Ort wird die Weltmacht leicht zum Spielball unterschiedlichster Interessen, wird hinein-

gezogen in die Feindschaften zwischen Arabern und Israelis, Schiiten und Sunniten, zwischen Islamisten und Säkularen.

Vor allem aber im Verhältnis zur aufstrebenden Weltmacht China zeigt sich, dass das „amerikanische Jahrhundert“ wohl zu Ende geht. Die Dokumente offenbaren, wie selbstbewusst die Chinesen mit den Amerikanern umspringen. Die US-Diplomaten beschreiben „Muskelspiele, Triumphalismus und Anmaßung“ in Chinas Darstellung nach außen.

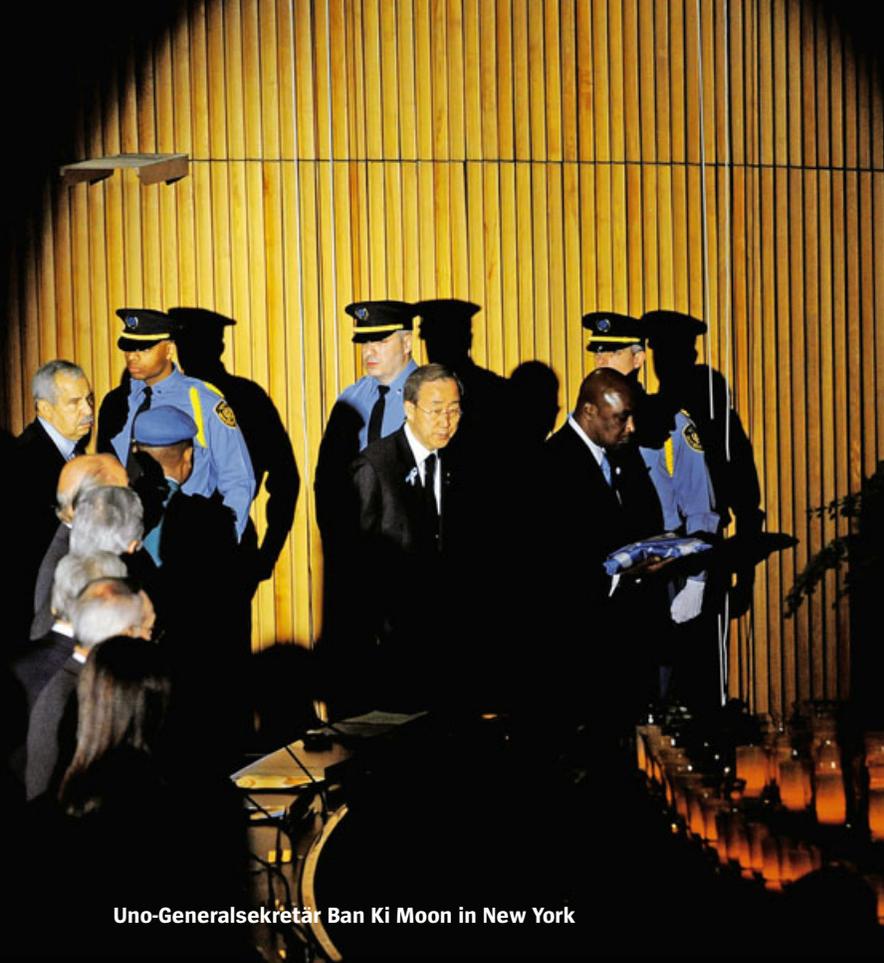
Nachdem US-Botschafter Jon Huntsman Ende 2009 in einem Brief an Außenminister Yang Jiechi seine Sorge über die Haft des Dissidenten Liu Xiaobo, des diesjährigen Friedensnobelpreisträgers, bekundet hatte, wurde ein hoher US-Diplomat ins chinesische Außenministerium zitiert. Die Amerikaner hätten kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Chi-

na einzumischen. Und sogar Hillary Clinton, die Adressatin aller Botschaftsberichte seit Ende Januar 2009, musste einräumen, dass Gespräche auf Augenhöhe schwieriger geworden sind. Schließlich haben Pekings Herrscher einen riesigen Berg amerikanischer Staatsanleihen gekauft und sind seit langem der größte Gläubiger der USA.

„Wie redet man Klartext mit seinem Banker?“, fragte leicht resigniert die amerikanische Außenministerin den ehemaligen australischen Regierungschef Kevin Rudd – so jedenfalls steht es in einem Bericht der US-Botschaft von Canberra.

Es ist eine Frage, die ein neues Jahrhundert eingeläutet hat.

RÜDIGER FALKSOHN, HANS HOYNG, UWE KLUSSMANN, HORAND KNAUP, SUSANNE KOELLB, ANDREAS LORENZ, JULIANE VON MITTELSTAEDT, MATHIEU VON ROHR, GREGOR PETER SCHMITZ



Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon in New York

B. (S/NF) Reporting officers should include as much of the following information as possible when they have information relating to persons linked to : office and

organizational titles; names, position titles and other information on business cards; numbers of telephones, cell phones, pagers and faxes; compendia of contact information, such as telephone directories (in compact disc or electronic format if available) and e-mail listings; internet and intranet "handles", internet e-mail addresses, web site identification-URLs; credit card account numbers; frequent flyer account numbers; work schedules, and other relevant biographical information.

Depesche des State Department vom 31. Juli 2009:

„Bericht erstattende Beamte sollten so viele Informationen wie möglich beifügen, die sich auf ihr Wissen der genannten Personengruppe beziehen: Bezeichnungen des Amtes und der Organisation; Namen, Positionen und andere Informationen, die auf Visitenkarten enthalten sind; Telefon-, Handy- und Fax-Nummern; Verzeichnisse von Kontakten wie Telefonlisten (auf CD oder elektronisch, wenn möglich) und E-Mail-Adressen sowie Internet-Zugangscodes; Nummern von Kreditkarten und Vielflieger-Konten; Dienstpläne und andere relevante biografische Informationen.“

Die Spione vom East River

US-Diplomaten sollen die Uno ausspähen – auch Generalsekretär Ban Ki Moon und seine Mitarbeiter.

Der Betreff des Dokuments klingt harmlos: „Berichts- und Sammelanforderungen: Die Vereinten Nationen“. Doch die geheime Depesche vom 31. Juli 2009, einer der brisantesten der jetzt veröffentlichten Botschaftsberichte, hat es in sich: Auf 29 Seiten fordert das Außenministerium der Vereinigten Staaten darin seine Diplomaten auf, die Uno und ihre führenden Köpfe auszuspähen.

Das Papier mit den Spionage-Anweisungen ging an die amerikanische Uno-Vertretung in New York sowie an 30 US-Botschaften weltweit, von Amman über Berlin, Paris und London bis nach Zagreb. Außenministerin Hillary Clinton hat es abgezeichnet. Es ist der bislang streng unter Verschluss gehaltene „Nationale Beschaffungsplan unter Einsatz menschlicher Quellen“ („National Humint Collection Directive“).

Der Grat zwischen der Arbeit der Diplomaten und der Arbeit der Geheimdienste ist von jeher schmal. Das diplomatische Corps sammelt auf legalem Weg Informationen, bewertet sie und bereitet damit die Grundlage für die eigene Au-

ßenpolitik. Die Nachrichtendienste infiltrieren und führen Quellen, alles möglichst unsichtbar. Aber oft am Rande oder auch jenseits der Legalität.

Folgt man dieser Unterteilung, dann betreibt das State Department neben dem diplomatischen auch ein nachrichtendienstliches Geschäft, dessen Leitlinien in Clintons Beschaffungsplan festgeschrieben sind. Selbst über Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon wollen die Amerikaner alles wissen. Die Ergebnisse fließen offenkundig weiter an die CIA oder andere US-Nachrichtendienste.

Als Begründung für den Spionageauftrag legt Clinton offen, dass ein Großteil der Informationen, mit denen die Geheimdienste arbeiten, aus den weltweit zusammengetragenen Berichten von Außenamtsmitarbeitern stamme.

Die Diplomaten sollten über ihre Kontakte so viel wie möglich in Erfahrung bringen, darunter:

- ▶ Büro- und Organisationsbezeichnungen, Namen, genaue Bezeichnung der Stellung;
- ▶ Nummern von Telefonen, Handys, Pägern und Faxen; Zusammenfassungen

von Kontaktinformationen wie etwa Telefon- und E-Mail-Verzeichnisse;

- ▶ Kreditkarten- und Vielflieger-Kundennummern, Dienstpläne und andere vertrauliche Informationen;

In vielen Fällen geht der Informations-hunger noch weiter, gesammelt werden:

- ▶ biometrische Daten;
- ▶ Passwörter für Verschlüsselungen.

Ähnliche Aufforderungen zur Bespitzelung gibt es für viele Staaten, etwa Paraguay und Palästina, acht westafrikanische Staaten, wie Burkina Faso, Mauretanien und Senegal, sowie diverse Staaten Osteuropas.

Die Themen, die das State Department bei der Uno interessieren, sind breitgefächert. Auf der „Prioritäten“-Liste vom Juli 2009 steht „Darfur/Sudan“ an erster Stelle, noch vor „Afghanistan/Pakistan“, Somalia, Iran und Nordkorea. Dazu kommen acht „andauernde Schlüsselthemen“ wie die Reform des Uno-Sicherheitsrates, der Irak, der Friedensprozess im Nahen Osten, Menschenrechte und Kriegsverbrechen.

Derartige Methoden verstoßen gegen alle Regeln, die sich die Vereinten Nationen gegeben haben. In der „Konvention über die Privilegien und die Immunität der Vereinten Nationen“ sowie im „Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen“ ist festgeschrieben, dass keine Spionagemethoden angewandt werden sollen. Zudem haben die USA mit den Vereinten Nationen 1947 ein direktes Abkommen geschlossen, das verdeckte

Aktivitäten ausschließt. Aber diese Abmachungen sind schon Jahrzehnte alt, und an den fragwürdigen Nebenjobs der Diplomaten scheint sich noch kaum jemand gestört zu haben. Abhören innerhalb der Uno sei „eine Art Tradition“, sagte der frühere Uno-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali.

Erstmals liegt mit dem Nationalen Beschaffungsplan nun ein offizielles Regierungsdokument vor, das den Einsatz dunkler Methoden durch die US-Administration formal belegt. Angesichts des nun enthüllten Dokuments wird es den amerikanischen Diplomaten schwerfallen, ihre Aktivitäten zu dementieren. Zu detailliert, zu umfassend ist dargelegt, was die amerikanische Außenpolitik interessiert.

Beim Thema Iran etwa stehen „die Pläne und Absichten des Uno-Generalsekretärs und seiner direkten Mitarbeiter“ ganz oben auf der Wunschliste, dicht gefolgt von den „spezifischen Absichten von Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Russland“.

Wie Ban Ki Moon und seine Mitarbeiter im Generalsekretariat der Vereinten Nationen zum Libanon, dem iranischen Atomprogramm und zu Haiti stehen, sollen die amerikanischen Hilfspione ebenso in Erfahrung bringen wie ihre Haltung zu Einzelfragen, etwa zum Umgang mit terroristischen Gruppierungen.

Die Anforderungen gehen weit über das normale Maß diplomatischen Interesses hinaus.

So wünscht sich Clinton etwa „biografische und biometrische Informationen zu den permanenten Repräsentanten des Uno-Sicherheitsrates und Informationen über deren Verhältnis zu ihren Regierungen“, inklusive möglicher „Differenzen zwischen den Uno-Missionen und ihren Hauptstädten“. Fingerabdrücke französischer Diplomaten, Körpermaße bei Chinesen und Iris-Scans bei den Russen?

Ähnliche Wünsche gibt es dem Dokument zufolge für die ständigen Vertreter der „Gruppe der 77“, also der Entwicklungs- und Schwellenländer, und der blockfreien Mitgliedsstaaten, „speziell China, Kuba, Ägypten, Indien, Indonesien, Malaysia, Pakistan, Südafrika, Sudan, Uganda, Senegal und Syrien“.

Besonders interessiert ist das Außenministerium auch an internen Kommunikationseinrichtungen der Uno. Clinton fordert in ihrer Wunschliste nicht nur al-

les über die Telekommunikationssysteme der Organisation, sondern auch eine Fülle digitaler Details über „geplante Upgrades, Sicherheitsmaßnahmen, Passwörter, persönliche Codes für die Verschlüsselung“. Die Intention scheint klar: Mit diesen Informationen kann der Abhörgeheimdienst NSA anschließend leichter Telefone, Computer und E-Mail-Konten attackieren.

Angriffe mit Hilfe moderner Technik sind in der Geschichte der Uno immer wieder vorgekommen. 2004 entfachte die ehemalige britische Ministerin Clare Short einen Skandal, als sie in einem Interview zugab, Spione würden regelmäßig die Kommunikation hochrangiger Uno-Vertreter mitschneiden, auch die des Generalsekretärs. Sie habe selbst Transkripte von überwachten Gesprächen Kofi Annans gesehen.

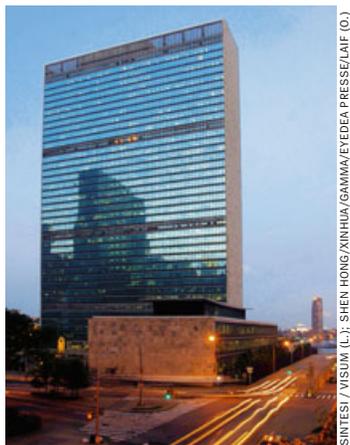
Legendär ist auch der Lauschangriff der Briten im Vorfeld des Irak-Kriegs. Auf dringende Bitten der NSA hin klinkten sie sich wohl bei mehreren Mitgliedern des Uno-Sicherheitsrates ein, um deren Abstimmungsverhalten bei der Resolution gegen das Regime von Saddam Hussein herauszufinden. Der Skandal wurde öffentlich, weil eine junge Übersetzerin des britischen Geheimdienstes die Anweisung ausdrückte und einer Zeitung spielte.

Gleich mehrmals fanden Techniker Wanzen in der Uno. Im April 2006 stießen Arbeiter bei einer Wartung auf elektronische Bauteile, die im Genfer Palais des Nations, Salon C 108 versteckt waren. Wert der Anlage: um die 65 000 Euro. Ähnliche Geräte hatten Spezialisten bereits 2004 ausgemacht.

Eines eint allerdings das diplomatische wie das geheimdienstliche Gewerbe: Man lässt sich nicht erwischen. Weder bei dem Lauschangriff auf Kofi Annan noch bei den versteckten Wanzen in Genf ließ sich ein Nachweis für die Herkunft der Geräte führen. Das ist diesmal anders.

Und doch: Ernsthafte Konsequenzen muss Außenministerin Clinton wohl nicht fürchten, zu sehr sind alle Beteiligten darauf bedacht, das Gesicht zu wahren. Selbst der Uno-Generalsekretär blieb bislang immer diplomatisch.

2004 telefonierte Annan nach Bekanntwerden der Spionageaffäre mit dem britischen Uno-Botschafter Emyr Jones Parry. Wenn die Vorwürfe zuträfen, ließ Annan in der schwächsten aller denkbaren Empörungformen mitteilen, sei er „enttäuscht“. MARCEL ROSENBACH, HOLGER STARK



Uno-Zentrale in New York
Fragwürdige Nebenjobs

SINTESI / VISUM (L.); SHEN HONG/XINHUA/GAMMA/EYEDea PRESSE/IAIF (O.)



Religionsführer Chamenei (M.), Präsident Ahmadinedschad: „Iran führt sich bereits auf wie eine Nuklearmacht“

AY-COLLECTION/SIPA PRESS

Die heimliche Allianz

Die amerikanischen Dokumente enthüllen, dass die Front gegen einen nuklear bewaffneten Iran breiter ist als weithin bekannt: Arabische Machthaber fordern bei vertraulichen Gesprächen Maßnahmen gegen die Mullahs in Teheran.

„Die Iraner sind große, dreiste Lügner.“
 „Ahmadinedschad ist Hitler.“
 „Iran ist wie ein Oktopus.“
 „Verzögert ihr Nuklearprogramm – mit allen möglichen Mitteln.“
 „Bombardiert Iran, oder lebt mit der iranischen Bombe.“

Die Zitate stammen nicht von Israelis oder Amerikanern, sondern von Politikern und Herrschern aus Ägypten, Jordanien und Abu Dhabi. Niemand hat so große Angst vor einer iranischen Bombe, niemand hasst den Mullah-Staat so sehr wie die arabischen Führer – das Bild zumindest zeichnen jetzt die geheimen amerikanischen Depeschen.

Danach fürchten die Araber, ein Iran mit Atomraketen werde sie politisch und militärisch dominieren und ihre Halbdemokratien, Königreiche und Scheichtümer unterwandern.

„Wir haben alle Angst“, sagte der ägyptische Präsident Husni Mubarak den Amerikanern. Die sunnitischen Herrscher im Nahen Osten sprechen sich für Sanktionen aus, manche sogar für einen Angriff auf die Nuklearanlagen, für alles jedenfalls, was dazu dient, den Einfluss Irans einzudämmen. Aber natürlich sagen sie das niemals öffentlich, sondern nur hinter verschlossenen Türen, wenn amerikanische Diplomaten oder Minister zu Besuch sind. Kein Thema beherrscht die

amerikanische Nahost-Politik so sehr wie die Furcht vor einer iranischen Atombombe. Die Dokumente aus dem State Department in Washington zeigen jetzt, wie Amerikaner, Israelis und ihre heimlichen Alliierten versuchen, das Regime in Teheran einzukreisen.

DER AUFTAKT

Kurz nachdem Barack Obama im Januar 2009 als Präsident antritt, verspricht er einen neuen Umgang mit Iran. Er bietet

sides and for "dating" Iran. MbZ compared the current situation to pre-WWII Europe saying, "Ahmedinejad is Hitler," and neighboring

Depesche vom 23. Juli 2009 aus der US-Botschaft in Abu Dhabi:

„MbZ verglich die aktuelle Situation mit der vor dem Zweiten Weltkrieg in Europa und sagte: ‚Ahmadinedschad ist Hitler.‘“



Urananreicherungsanlage bei Ghom: „Wir haben alle Angst“

Teheran Verhandlungen und Anreize an, die umstrittenen Teile seines Nuklearprogramms aufzugeben. Ein wichtiger Bestandteil von Obamas Angebot ist es, 1200 Kilogramm schwach angereichertes Uran aus der iranischen Atomanlage Natans nach Russland und Frankreich bringen und es außerhalb Irans zu Brennstäben für den Teheraner Forschungsreaktor verarbeiten zu lassen. Dort sollen Isotope für medizinische Zwecke produziert werden. Ein Angebot, wie der Vize-Energieminister Daniel Poneman erklärt, „nicht aus Naivität, sondern aus der Sichtweise heraus, dass, wenn Iran zustimmt, damit ein signifikanter Teil seines niedrig angereicherten Urans aus Natans entfernt würde, und wenn Iran ablehnt, das zur internationalen Unterstützung beitragen würde – vor allem von Russland und China – für schärfere Sanktionen“.

Von Beginn an verfolgt die US-Regierung eine Doppelstrategie. Sie bekundet den Willen zu Verhandlungen, bereitet aber gleichzeitig den Boden für Sanktionen. Und anscheinend, auch das deuten die Dokumente an, trifft sie Vorbereitungen für den Fall eines Militärschlags.

Mitte Februar 2009, noch bevor Benjamin Netanjahu zum neuen Premier gewählt ist, besucht eine Delegation des US-Kongresses den Israeli. Netanjahu drängt auf scharfe Wirtschaftssanktionen, unterstützt von einer „glaubhaften Mili-

täroption“. Sanktionen, sagt er, würden nur dann wirken, wenn Amerika ernsthaft mit einem Angriff drohe. Das wird seine Position bleiben. Und es scheint, dass die Amerikaner diese Strategie übernehmen.

Wenige Wochen später findet das erste offizielle Treffen mit dem neuen Premier Netanjahu statt. Beide Seiten diskutieren jetzt Sanktionen und Möglichkeiten, den iranischen Import von Benzin einzuschränken. Netanjahu drängt darauf, die USA sollten schnell handeln. Er schlägt einen zeitlich knapp bemessenen Dialog mit konkreten Zielen vor, etwa Gespräche mit den Iranern für vier bis zwölf Wochen, bei denen Amerika klarmache, dass es das Ziel sei, Teherans Nuklearprogramm zu beenden.

Im Bericht heißt es: „Sich vorlehnd wiederholte Netanjahu seine frühere Frage: ‚Was werdet ihr machen, wenn es nicht funktioniert?‘“ Er stellt die Frage dreimal während des Gesprächs. Die Antwort bleibt offen.

DIE VORBEREITUNGEN AM GOLF

Anfang 2009 beginnen auch intensive Gespräche mit den Golfstaaten, die sich über das Jahr hinziehen. In ihrem Verlauf wird deutlich, dass die meisten Golfstaaten zwar keinen militärischen Angriff auf iranische Nuklearanlagen wollen – sich aber gleichzeitig mit Hochdruck auf iranische

Vergeltungsschläge vorbereiten, weil sie mit einer israelischen Operation rechnen.

Die Vereinigten Arabischen Emirate drängen darauf, die gemeinsame Militärplanung mit den USA zu verbessern. Sie fordern die schnellere Lieferung von amerikanischen Waffensystemen, „um auf ein Worst-Case-Szenario in Iran reagieren zu können“.

Mohammed bin Zayed, mächtiger Kronprinz von Abu Dhabi, sagt, dass die Vorbereitungen jetzt anfangen müssten, bevor die Kämpfe begännen. Bin Zayed, den die Amerikaner oft nur MbZ nennen, befürchtet einen israelischen Angriff und iranische Racheaktionen noch vor Ablauf des Jahres, die Amerikaner gehen davon aus, dass es zu einer „militärischen Konfrontation mit Iran“ frühestens 2010 kommen könne.

„Er (bin Zayed) ist noch immer besorgt, dass er nicht genug Ausrüstung vor Ort hat, um seine Leute zu verteidigen, wenn ein Krieg mit Iran ausbricht (und für MbZ ist das nur eine Frage des Wann, nicht des Ob).“

Der Luftwaffenkommandeur des für den Nahen Osten zuständigen US-Zentralkommandos (Centcom), Mike Hostage, erklärt laut Botschaftsprotokoll dem Kronprinzen von Bahrain, Salman bin Hamad al-Khalifa, bei einem Besuch, dass die Bedrohung durch Iran die USA dazu bewege, mit den Golfstaaten eine regional integrierte Strategie für Luft- und Raketenabwehr voranzutreiben. „Scheich Salman begrüßte das und betonte, dass Bahrain Teil einer Lösung bei den Herausforderungen sein wolle, die Golfstaaten zu verteidigen.“

Kommandeur Hostage erklärt dem Scheich die Details: „Zunächst sollten die Luft- und Raketenabwehrkräfte der USA, unter anderem das ‚Aegis‘-System der Marine und die ‚Patriot‘-Raketen des Heeres, vernetzt werden.“ Danach werde jeder der Golfstaaten in ein gemeinsames Frühwarnsystem eingebunden. „Der Kronprinz antwortete, das würde die Lage grundlegend verändern, weil es sich um eine dauerhafte Einrichtung handelt und Irans Möglichkeiten zu militärischer Machtentfaltung begrenzt.“

Bereits seit längerem rüsten die Emirate auf, wie auch Saudi-Arabien und andere Staaten der Region, um sich gegen Iran zu wappnen. Schon 2007 hatte Scheich bin Zayed auf eine Lieferung von Drohnen des Typs „Predator B“ gedrängt. Nun fordert er, schnellstmöglich Waffen von den Amerikanern geliefert zu bekommen, am besten sofort, aus US-Beständen in der Region. Außerdem wollen die Emirate und Saudi-Arabien „Patriot“-Abwehrraketen – sie werden in Bahrain, Abu Dhabi und Dubai installiert. Auch das hochmoderne Abwehrsystem THAAD, so das Versprechen, soll innerhalb eines Jahres eingerichtet werden, erstmals außerhalb

Der Weg zur Bombe

Die Atom-Infrastruktur Irans

1. URANABBAU

Iranische Uranerzvorkommen befinden sich in **Saghand** und **Gaschin**. Hier und in **Ardakan** wird aus dem Uranerz auch konzentriertes Uranoxid gewonnen, sogenanntes Yellow Cake.

2. AUFBEREITUNG

Unter Zusatz von Fluor entsteht das gasförmige Uranhexafluorid. Anlagen dazu befinden sich in **Isfahan**.

3. ANREICHERUNG

Anschließend muss das Uranhexafluorid in aufwendigen Zentrifugenverfahren angereichert werden. Für die Nutzung in Atomreaktoren genügt eine geringe Anreicherung. Anlagen zur Anreicherung befinden sich in **Natans** und **Ghom**.

Experten befürchten, dass Iran versucht, Uran heimlich so hoch anzureichern, dass es für den Bau einer Atombombe geeignet ist.

4. PRODUKTION VON BRENNSTÄBEN

In **Isfahan** wird das angereicherte Uran zu Brennstäben weiterverarbeitet, die in Atomreaktoren zum Einsatz kommen.

5. ATOMREAKTOREN

Das Kernkraftwerk in **Buschehr** steht vor der Inbetriebnahme und soll im Lauf des Jahres 2011 mit der Stromerzeugung beginnen. Forschungsreaktoren befinden sich in **Teheran** und **Isfahan**. In **Arak** wird ein Reaktor gebaut, der mit nichtangereichertem Uran betrieben werden kann. Bei diesem Reaktortyp entstehen während der Verbrennung größere Mengen Plutonium.

Bei einer Plutonium-Bombe dient hochreines Plutonium als Spaltmaterial. Es ließe sich in Arak gewinnen, wenn die Brennelemente jeweils nur kurzzeitig im Reaktor eingesetzt würden.



der USA. Es dient dazu, Kurz- und Mittelstreckenraketen abzufangen.

Sogar mit den Herrschern in Katar treffen sich die Amerikaner im Juni 2009 zu „strategischen Konsultationen“, dabei ist Katar bedacht, Iran nicht zu verprellen. „Katars Führer, obwohl vorsichtig, das nicht öffentlich zu sagen, trauen Iran nicht, und Katar will nicht, dass Iran nukleare Waffen bekommt“, meldet die US-Botschaft in Doha nach Washington.

Auch die Nutzung amerikanischer Basen für einen möglichen Angriff ist ein Thema: „Obwohl kaum jemand, Katar sicher zuletzt, eine militärische Konfrontation mit Iran will, würde die US-Regierung ohne Zweifel die US-Militärbasen in Katar bei einem Luftangriff gegen Iran nutzen wollen. Derzeit rechnen wir damit, dass Katar uns nicht erlauben würde, katarischen Boden für einen Angriff gegen Iran zu nutzen, mangels irgendeiner Art von Sicherheitsgarantie der US-Regierung für Katar, inklusive seiner Offshore-Gasfelder, die es mit Iran teilt.“

Der Schutz kritischer Infrastruktur wie Ölförderanlagen, Raffinerien und Häfen wird ebenfalls erörtert. Außerdem überarbeiten die Vereinigten Arabischen Emirate zusammen mit den Amerikanern Pläne, wie sie im Falle einer „Krise oder

Konfrontation“ die Straße von Hormuz sichern können, durch die täglich 14 Millionen Barrel Erdöl transportiert werden.

Und natürlich geht es auch um die Folgen eines Angriffs auf die Ölförderanlagen. Der US-Botschafter in Doha sendet auf Anforderung einen ausführlichen Report nach Washington. Darin analysiert er den Schutz von Infrastruktur in Katar, „die, falls zerstört, unterbrochen oder ausgebeutet einen sofortigen und schädlichen Effekt auf die Vereinigten Staaten haben würde“. Katar ist der größte Flüssiggasexporteur und einer der wichtigsten Erdgaslieferanten Amerikas.

Die Angst vor einem iranischen Gegenschlag nutzt auch den Amerikanern. Sie bauen ihren Einfluss im Golf aus, indem sie die Staaten der Region von ihrer Militärunterstützung abhängig machen – und sichern damit eine der wichtigsten Säulen amerikanischer Weltmacht. Die Umsetzung der Vereinbarung zwischen Saudi-Arabien und den USA zum Schutz von wichtiger Infrastruktur habe „ein riesiges wirtschaftliches Potential, das man in großen Aufträgen für viele Milliarden Dollar messen kann. Noch wichtiger, dies würde den größten Einflussgewinn der US-Regierung in Saudi-Arabien seit einer Generation bedeuten“. Das

schreibt die US-Botschaft in Riad bereits im August 2008.

Ein Jahr später sagt General David Petraeus bei einem Besuch in Beirut, es gebe ein „Phänomen in den Golfstaaten, dass die Herrscher besorgt sind, dass jemand das iranische Nuklearwaffenprogramm angreifen könnte, während sie sich gleichzeitig sorgen, dass es niemand tut. Iran ... ist für Centcom das beste Rekrutierungsinstrument, und die Zahl der Partnerschaften und Abkommen zur militärischen Unterstützung zwischen den USA und ihren arabischen Partnern im Golf hat deutlich zugenommen.“

DIE ANGST DER ARABER

Der größte Iran-Feind unter den Arabern ist Mohammed bin Zayed, der Kronprinz von Abu Dhabi und eine Schlüsselfigur der Emirate. Er vergleicht in seinen Gesprächen mit Obamas Emissären die derzeitige Situation mit der in Europa kurz vor dem Zweiten Weltkrieg und das Teheraner Machtgehabe mit Saddam Hussein 1990, kurz vor seiner Invasion in Kuwait. Er glaubt wie die meisten anderen Herrscher der Region, dass der Dialogversuch mit den Iranern scheitern werde.

„Iran führt sich bereits auf wie eine Nuklearmacht“, sagt er gegenüber dem ame-

rikanischen Vize-Energieminister. „Iran etabliert überall in der muslimischen Welt Emirate, inklusive des Südlibanons und Gazas, Schläfer-Emirate in Kuwait, Bahrain und der Ostprovinz Saudi-Arabiens, außerdem die Mutter aller Emirate im Südirak und jetzt Saada im Jemen.“

Der Kronprinz glaube, „ein Sturm werde losbrechen, wenn Iran die Bombe habe, mit Ägypten, Saudi-Arabien, Syrien und der Türkei, die ihre eigenen Nuklearwaffen entwickeln werden, und mit einem Iran, der den sunnitisch-schiitischen Konflikt in der ganzen Welt anheizt“, schreiben die Amerikaner nach dem Gespräch mit dem Scheich. „MbZ beschrieb einen baldigen konventionellen Krieg mit Iran als klar besser gegenüber den langfristigen Konsequenzen eines nuklear bewaffneten Iran.“

Der Scheich ist überzeugt, ein Angriff der Israelis stehe bevor, worauf Iran mit Raketen reagieren werde, die sich auch auf die Vereinigten Emirate richten würden – die Landkarte des Nahen Ostens würde sich ändern. Daher fordert er von den Amerikanern im Juli 2009 endlich Taten und einen „Plan B“ für den Fall, dass Iran nicht verhandlungsbereit sei. Iran müsse unter Druck gesetzt werden, mit sofortigen Strafen bei Übertretung von „roten Linien“.

Als Lösung sieht er, wie andere arabische Führer, die Zersetzung Irans von innen: „Der einzige Weg, Iran davon abzuhalten, nukleare Waffen zu entwickeln, ist, das Land von innen zu spalten“, sagt er laut einer der Botschaftsmeldungen.

Auch andere Araber artikulieren ihre Sorge, so etwa König Abdullah von Saudi-Arabien. Bei einem Besuch von John Brennan, Obamas oberstem Terrorbekämpfer, sagt er: „Vor einem Moment saß Manutschehr Mottaki noch auf Ihrem Stuhl.“ Er berichtet, er habe dem iranischen Außenminister gesagt: „Ihr Perser, haltet euch raus aus arabischen Angelegenheiten.“ Dann habe er ihm ein einjähriges Ultimatum für einen Dialog gestellt: „Danach ist Schluss.“

Der König ist kein Freund der Iraner. „Ein Nachbar, den man gern vermeiden würde“, sagt er nach einem der US-Dokumente: Die Iraner „feuern Raketen ab in der Hoffnung, den Menschen und der Welt Angst einzufußeln ... Irans Ziel ist es, Probleme zu verursachen. Ohne Zweifel sind sie irgendwie labil“. Er schließt mit einem Seufzer: „Möge Gott verhüten, dass wir Opfer ihrer Bosheit werden.“

In internen Gesprächen mögen König Abdullah und Scheich Mohammed bin Zayed Hardliner sein, was Iran angeht – öffentlich äußern sie sich allerdings nicht. Genauso wenig wie die anderen arabischen Herrscher. Die Jordanier etwa sind zwar von Beginn an skeptisch gegenüber dem amerikanischen Dialog und für

scharfe Maßnahmen, aber auch sie würden das nie laut sagen. „Während die jordanische Regierung die US-Regierung ohne Zweifel dabei unterstützt, den Druck auf Iran zu vergrößern, werden sie wahrscheinlich eine öffentliche Rolle bei diesem Thema vermeiden“, heißt es in einem Bericht vom 3. Februar 2010.

Amerika versucht, seine heimlichen Alliierten immer wieder zu überreden, auch öffentlich Position zu beziehen. „Saudi-Arabien sollte seine Führerschaft gegenüber seinen Nachbarn in der Region ausüben und öffentlich Bedenken über Irans fortgesetzte Nuklearwaffenentwicklung und seine destabilisierenden Aktivitäten in der Region äußern.“

eine Atombombe erlangen, das wiederholen er und andere israelische Politiker immer wieder, dann wäre es mit dem Friedensprozess im Nahen Osten vorbei.

Die israelische Führung lehnt einen Dialog mit Teheran von Anfang an ab und setzt sich stattdessen für „lähmende Sanktionen“ ein, am besten durch eine erneute Resolution im Uno-Sicherheitsrat, notfalls aber auch ohne. Man müsse den iranischen Import von Benzin stoppen und gleichzeitig die Opposition in Teheran etwa durch Öffnung von Internetzugängen stärken – das ist die Linie, die Netanjahu bei einem Gespräch vorgibt.

Er setze auf Regimewechsel, auf eine Revolution von innen, um erst Präsident Mah-



Jordanisches Königspaar Rania und Abdullah II.



Saudi-König Abdullah, Syriens Präsident Assad



Abu-Dhabi-Kronprinz bin Zayed

Führer der arabischen Welt: „Möge Gott verhüten, dass wir Opfer ihrer Bosheit werden“

Worüber die Araber auch lieber schweigen: Aus den US-Dokumenten geht hervor, dass die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel deutlich intensiver sind, als diese gewöhnlich zugeben – die gemeinsame Angst vor Iran verbindet.

Der Vizedirektor des israelischen Außenministeriums, Jakob Hadas, etwa berichtet, dass die Golf-Araber ihre Botschaften an die Amerikaner gern von Israel überbringen lassen, weil sie das für effektiver halten. „Sie glauben, dass Israel zaubern kann“, sagt Hadas.

DIE ISRAELISCHE OPTION

Irans Nuklearprogramm sei die größte Bedrohung atomarer Proliferation seit der Kuba-Krise, sagt Benjamin Netanjahu den Amerikanern. Sollte Iran tatsächlich

mud Ahmadinedschad und dann vielleicht das gesamte Regime zu Fall zu bringen, sagte Netanjahu schon 2007 den Amerikanern, da war er noch Oppositionsführer.

Die Israelis zählen die Monate, die ihrer Meinung nach noch bleiben, um die Bombe zu verhindern. Mal zwei Jahre, mal ein Jahr, mal sechs Monate, im Dezember 2009 ist es so weit – Netanjahu sagt: Iran sei nun in der Lage, eine Bombe zu bauen. Allerdings sind sich die Amerikaner nicht sicher, ob sie den Israelis da trauen können. „Es ist unklar, ob die Israelis das wirklich ernsthaft glauben oder ob sie Worst-Case-Annahmen nutzen, um in den USA die Dringlichkeit zu erhöhen“, heißt es in einer Botschaftsdepesche.

Ob reales Szenario oder Drohkulisse – Israel macht kein Hehl daraus, dass seine

Militärs einen Angriff auf iranische Nuklearanlagen vorbereiten. „Alle Optionen auf dem Tisch“ ist die oft wiederholte Formel von Israelis und Amerikanern, die einen Angriff auf Iran einschließt. Amerika verleiht den Drohungen der Israelis jedenfalls Glaubwürdigkeit. Die Dokumente bestätigen, dass Amerika erneut im November 2009 bunkerbrechende Bomben vom Typ GBU-28 nach Israel liefert. Der Zweck ist klar: Sie könnten für einen Angriff auf unterirdische Nuklearanlagen genutzt werden. Deshalb wickeln Amerikaner und Israelis die Lieferung auch diskret ab, um Beschuldigungen zu vermeiden, die US-Regierung rüste Israel für einen Angriff aus.

Eine der wichtigsten Hilfestellungen für eine Attacke Israels: Amerika und seine Alliierten verhindern in einer gemeinsamen Kraftanstrengung, dass Iran russische Abwehrraketen vom Typ S-300 bekommt, die dessen Nuklearanlagen schützen und damit einen israelischen Luftangriff sehr erschweren könnten.

Wie wichtig die S-300 sind, zeigt eine Meldung des US-Botschafters in den Ver-

Das Außenministerium fordert im Februar 2010 auch Bahrain, die Vereinigten Emirate und Jordanien auf, ihre Botschafter in Moskau auf die Russen einwirken zu lassen. Saudi-Arabien soll versuchen, den S-300-Verkauf zu verhindern, indem es Russland ein besseres Geschäft anbietet – das Land will für zwei Milliarden Dollar selbst Abwehrraketen kaufen.

Und natürlich setzt sich auch Netanjahu ein: Er übergibt den Russen eine Liste mit Namen russischer Wissenschaftler, die zum iranischen Nuklearprogramm beigetragen haben sollen – eine Form der diplomatischen Erpressung.

Im Februar 2010 – bis dahin reichen die US-Dokumente, die dem SPIEGEL vorliegen – scheint der S-300-Deal vom Tisch zu sein. Tatsächlich unterzeichnet der russische Präsident Dmitri Medwedew schließlich im September 2010 ein Dekret, das die Auslieferung untersagt.

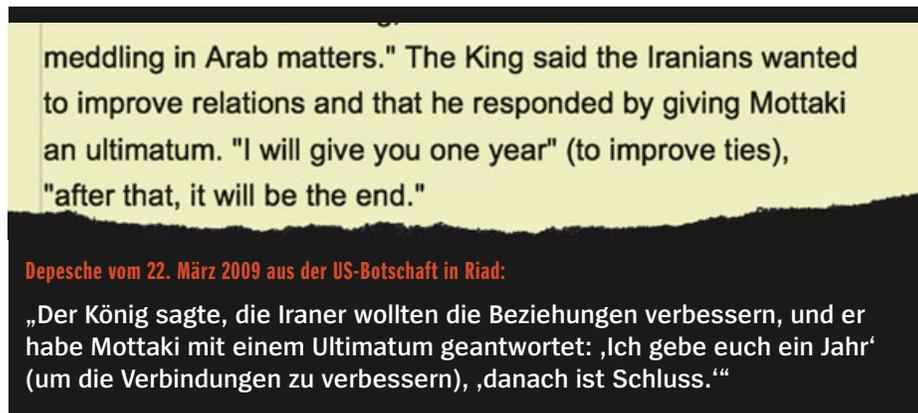
DAS ENDE DER GEDULD

Die Bemühungen der Amerikaner um einen Dialog mit dem Mullah-Regime bleiben unterdessen fruchtlos. Nach den

mit der Regierung von Iran nur durch indirekte Kanäle erfolgt und ohne Antwort geblieben sei. Wieder kein Erfolg.“ Man müsse mit Irans geistlichem Führer Ajatollah Chamenei selbst reden, sagt Kerry. Worauf der Emir entgegnet: „Und was ist, wenn ich mit dem iranischen Präsidenten rede? Was soll ich ihm ausrichten?“ Kerry: „Die USA streben eine ernsthafte Diskussion an und wollen eine neue Basis für eine Beziehung schaffen, die auf einer nichtkonfrontativen Einhaltung der IAEA-Bedingungen und anderer gemeinsamer Interessen beruht.“

Die Supermacht Amerika scheitert daran, die iranischen Herrscher ans Telefon zu bekommen. Das Ende der Geduld zeichnet sich ab – auch in den vorliegenden Dokumenten.

Immer wieder wird dabei die Formel gebraucht: „Amerika wird es nicht tolerieren, dass Iran Nuklearwaffen erlangt.“ An einigen Stellen klingt das wie eine direkte Drohung. Etwa bei einem protokollierten Dialog zwischen der US-Botschafterin in Kuwait und dem Sohn des dortigen Premierministers.



einigten Emiraten im Februar 2009: Der Stabschef der Emirate hatte ihn einberufen und fordert, dringend, fünf amerikanische „Patriot“-Raketenbatterien an. „Nach einem sehr kurzen Austausch von Höflichkeiten sagte der Stabschef: ‚Ich bin offen und ehrlich mit Ihnen, es gibt Veränderungen in der Region, die uns Sorgen bereiten.‘ Gedrängt, welche Art von Ereignis einen israelischen Angriff auslösen könnte, sagte der Stabschef, die Auslieferung der russischen S-300-Systeme könne der Katalysator sein. Der Stabschef sagte sehr direkt: ‚Ich traue den Russen nicht, ich habe noch nie Russen oder Iranern getraut.‘“

Präsident Obama setzt sich im Laufe des Jahres 2009 bei den Russen persönlich dafür ein, die bestellten Raketen nicht zu liefern. Die S-300 zu verhindern, das hat für die neue Regierung Priorität, wie aus einem Bericht aus der Moskauer Botschaft vom Februar 2009 ersichtlich wird: „Mit allen Vor- und Nachteilen ist die Lieferung der S-300 ein Barometer unserer bilateralen Beziehungen geworden.“

US-Unterlagen berichten Diplomaten, dass Iran weiterhin versuche, Ausrüstung für sein Raketen- und Nuklearprogramm im ehemaligen Ostblock zu kaufen: Messgeräte, Hochpräzisionsverstärker, Druckanzeigen, Verbundmaterial und Technologie für neue Raketenantriebe. Viele dieser Versuche seien vereitelt worden. Auch in China, Deutschland und der Schweiz versuchen iranische Tarnfirmen, Messgeräte und Ausrüstung zu kaufen.

Die Frist für Verhandlungen läuft ab. Und Präsident Ahmadinedschad soll, nach Angaben des katarischen Premierministers Hamad bin Dschassim al-Thani, bereits gedroht haben: „Wir schlagen die Amerikaner im Irak, und die Endschlacht wird in Iran stattfinden.“

Ein Gespräch zwischen dem US-Senator John Kerry und dem Emir von Katar zeigt auch die Schwierigkeiten, mit den Iranern überhaupt ins Gespräch zu kommen: „Er (Kerry) klagte, dass jeder Kommunikationsversuch der US-Regierung

„Sie (die Botschafterin) betonte, dass die Hand des Präsidenten noch immer Richtung Iran ausgestreckt sei, aber von einem bestimmten Punkt an wird Iran den Konsequenzen seiner Widerspenstigkeit ins Auge sehen müssen; mehr als das, der Präsident bewegt sich auf einer mit Bedacht gezogenen feinen Linie, indem er auch mit anderen kommuniziert, die Aktionen fordern, welche wir zu vermeiden hoffen.“

„Dr. Ahmad (der Sohn des Premiers) verstand die Botschafterin und bemerkte, dass vor ein oder zwei Jahren viele Kuwaiter gehofft hatten, ein stiller, gezielter Schlag würde den problematischen Reaktor ausschalten und die Region entspannter zurücklassen. Er erwähnte, dass Iran unterdessen allerdings mehrere Reaktoren haben dürfte und sein nukleares Ziel erreichen wolle, ganz egal, was der Westen unternehme.“

Und wie ist die Äußerung von US-Verteidigungsminister Robert Gates gegenüber dem türkischen Premier Recep

Tayyip Erdogan zu verstehen? „Wenn Iran Nuklearwaffen entwickelt, dann gibt es zwei Szenarien: atomare Weiterverbreitung im Nahen Osten oder einen regionalen Krieg oder vielleicht beides.“

Oder jene des amerikanischen Vize-Verteidigungsministers Alexander Vershbow, der in Moskau sagt, „wenn es nicht gelingt, Irans Griff nach Nuklearwaffen zu stoppen, dann haben wir es mit einer ‚unberechenbaren, eventuell explosiven‘ Situation im Nahen Osten zu tun“.

Wann immer es neue Informationen über das iranische Atomprogramm gibt oder wichtige Beratungen der Internationalen Atomenergiebehörde anstehen, schickt das US-Außenministerium Depeschen an seine Botschaften, genannt „Action Request“, Handlungsaufforderungen. Die Botschafter sollen ihre Gastgeber drängen, Statements gegen Iran zu veröffentlichen, um den Druck zu erhöhen.

Am 21. November 2009 ist es wieder mal so weit. „Die Botschafter sollten beginnen, ein Fundament für mögliche künftige Aktionen zu legen als Antwort auf

tionen helfen könnten, das Regime zu schwächen, aber nur, wenn sie scharf und nachhaltig seien.“ Amerika drängt jetzt alle Staaten der Region, Sanktionen mitzutragen, was sie schließlich auch tun. „Wir sind zwar Nachbarn, aber keine Freunde“, heißt es etwa aus Katar über Iran.

Europas Staaten werden ebenfalls bearbeitet, immer wieder treffen Forderungen ein, gegen bestimmte Firmen vorzugehen. Die Amerikaner ermahnen auch die deutsche Regierung, keine Hermes-Bürgschaften für Geschäfte mit Iran mehr auszugeben. Der italienische Ölkonzern ENI, der in Iran tätig ist, wird aufgefordert, sich zurückzuziehen – worauf sich jedoch die Italiener nicht einlassen.

Der Ton der geheimen Kabel wird jetzt rauer. Da heißt es etwa, nachdem der türkische Premier Erdogan westliche Bedenken wegen des iranischen Atomprogramms abgetan hat: „Sein Wunsch nach einem ‚guten‘ Besuch in Washington ist der Treibstock, den wir benutzen werden, um ihn wieder auf die Linie der internationalen Gemeinschaft zurückzubringen.“

führt Gespräche mit Saudi Aramco und lotet mit anderen saudischen Regierungsvertretern neue Handelsbeziehungen aus. „Saudi-Arabien ermuntert andere Golfstaaten, sich mit China zu treffen, um ähnliche Kooperationen zu sondieren“, heißt es in einem Protokoll vom Januar 2010.

In Moskau geht es um Geld – und Psychologie. „Um Russland dazu zu bringen, schärfere Aktionen gegen Iran zu unterstützen, bedarf es einer koordinierten Strategie unserer Freunde und Alliierten, inklusive Israel und Saudi-Arabien.“ Es komme darauf an, glauben die amerikanischen Diplomaten, der Rohstoffmacht Russland die Sanktionen schmackhaft zu machen. Denn für die Russen wäre es finanziell am besten, wenn der Konflikt bis in alle Ewigkeit anhalten würde. In einer internen Analyse aus der US-Botschaft in Moskau heißt es: „Als weltgrößter Exporteur von Öl und Gas profitiert Russland erheblich von einer ‚Unsicherheitsprämie‘ bei den Ölpreisen aufgrund der Spannungen mit Iran.“ Bei einer „Prämie“ von fünf Dollar pro Barrel bedeute das allein beim Öllexport neun Milliarden Dollar mehr pro Jahr für Moskau.

WIE GROSS IST DIE GEFAHR WIRKLICH?

Bleibt am Ende die Frage: Wie groß ist die Gefahr tatsächlich, die Iran für die Welt darstellt? Die Aussagen in den Botschaftsdokumenten zeigen, dass alle entscheidenden Beteiligten – Amerika, die Europäer, Israel, die Araber, später auch Russland – davon überzeugt sind, dass Iran das Nuklearprogramm vorantreibt, um die Technologie militärisch nutzen zu können. Inwieweit Iran allerdings eine Atombombe bauen kann und will, darüber herrscht durchaus keine Einigkeit.

Die US-Diplomaten zitieren ausführlich neue Analysen, die belegen sollen, dass Iran technisch nicht in der Lage sei, weitreichende Trägerraketen zu bauen – und dass das vermutlich auch noch einige Jahre so bleiben werde. Ein nuklearer Raketenangriff auf Europa, Russland oder Amerika wäre in dem Fall unrealistisch.

Nicht einmal in Israel sind alle davon überzeugt, dass Iran unmittelbar vor dem Bau einer Atombombe steht. Bei einem Treffen zwischen Amerikanern und Israelis im Mai 2009 sagt Amos Jadlin, Chef des israelischen Militärgeheimdienstes, dass Iran nicht anstrebe, „Nordkorea oder so wie der Irak vor 2003“ zu werden. Die Iraner würden Resolutionen und Sanktionen auf einem „erträglichen Level“ halten wollen und daher so lange fortfahren, niedrig angereichertes Uran zu produzieren, bis es reiche, um schnell mehrere Bomben bauen zu können. Dann sagt er den Amerikanern: „Iran könnte sich entscheiden, 2010 eine Bombe zu bauen, aber Iran wartet auf den richtigen Zeitpunkt in der Zukunft.“



die Verweigerung der Zusammenarbeit durch Iran.“ Und am 29. Januar 2010: Die Botschafter sollen erklären, warum es nötig wird, härter gegen Iran vorzugehen.

Auch Irans arabische Nachbarn beharren jetzt fast unisono auf scharfen Sanktionen. Scheich Abdullah bin Zayed, der Außenminister der Emirate, fordert, die USA und ihre Alliierten „müssen entscheiden, wie sie Iran stoppen“. Und die eher zurückhaltenden Saudis sagen, sie seien überzeugt, dass Iran vorhabe, eine Nuklearwaffe zu entwickeln, und sich davon nicht abbringen lassen werde.

„Der König hat General Jones mitgeteilt, dass der interne Aufruhr in Iran eine Gelegenheit sei, das Regime zu schwächen – was er befürwortete –, drängte aber darauf, dass das geheim zu erfolgen habe und dass öffentliche Stellungnahmen für die Reformer kontraproduktiv seien.“ So steht es in einem Bericht zur Vorbereitung einer Reise von US-Außenministerin Hillary Clinton nach Saudi-Arabien. „Der König urteilt, dass Sank-

tionen helfen könnten, das Regime zu schwächen, aber nur, wenn sie scharf und nachhaltig seien.“

Besonders zwei Länder rücken in den Fokus amerikanischer Aufmerksamkeit: Russland und China. Die Washingtoner Regierung braucht die beiden, um Sanktionen im Sicherheitsrat zu beschließen.

Die Rolle der Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabiens ist dabei besonders bedeutsam. Die beiden Staaten, die sich öffentlich stets zurückhalten, helfen hinter den Kulissen dabei, die chinesischen Handelsbeziehungen zu Iran zu hintertreiben. Diese haben 2009 ein Volumen von über 20 Milliarden Dollar. China ist der wichtigste Abnehmer iranischen Öls.

Der Kronprinz von Abu Dhabi reist im Juli vergangenen Jahres nach Peking und drängt die Chinesen, Iran zu drohen, dass sie ihre Ölimporte reduzieren würden. Und Saudi-Arabien bietet eigenes Erdöl an, wenn die Chinesen dafür den Import von iranischem Öl drosseln. Die Chinesen zeigen sich interessiert, der Außenminister

„Volkstribun von Anatolien“

Der Nato-Partner Türkei ist den Amerikanern besonders unheimlich: Die Botschaftsdepeschen schildern Premier Erdogan als ignoranten Islamisten mit korrupter Regierung.

Der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan ist der wichtigste muslimische Verbündete der USA. Als er antrat, versprach er einen demokratischen Islam – eine Vision, die Vorbild hätte sein können für andere Staaten der Region.

Doch wenn man den Depeschen der Amerikaner glauben kann, ist die Türkei davon weit entfernt. Die US-Diplomaten schätzen das Land ganz anders ein. Erdogan? Ein machtgieriger Islamist. Seine Minister? Unfähig, ungebildet, manche korrupt. Die Regierung? Zerstritten. Die Opposition? Lächerlich.

Tausende Berichte schickten die US-Diplomaten in den vergangenen 31 Jahren aus Ankara. Die jüngeren Dokumente sind eine gnadenlose Abrechnung – sie stehen im Widerspruch zu fast allem, was die Regierung der USA bislang offiziell zur Türkei zu sagen hatte.

Vor allem Premier Erdogan misstrauen die Amerikaner: Er habe noch nie ein realistisches Weltbild gehabt, heißt es in einem Schreiben vom Mai 2005. Erdogan glaube, Gott habe ihn auserkoren, die Türkei zu führen, und inszeniere sich gern als „Volkstribun von Anatolien“.

Der Regierungschef des Nato-Partners mit der zweitgrößten Bündnisarmee informiere sich fast ausschließlich aus islamistennahen Zeitungen, behaupten die Amerikaner, Analysen aus seinen Ministerien interessierten ihn angeblich nicht. Das Militär und der Geheimdienst würden gewisse Berichte nicht mehr an ihn weiterleiten. Er traue niemandem wirklich und umgebe sich mit einem „eisernen Ring von unterwürfigen (aber hochnäsigen) Beratern“. Trotz seiner „Prahlerei“ sei er von Angst erfüllt, seine Macht zu verlieren. Ein Erdogan-Kenner sagt den Amerikanern: „Tayyip glaubt an Gott – aber er traut ihm nicht.“

Erdogan übernahm 2003 das Amt des Ministerpräsidenten, zwei Jahre zuvor hatte er seine Partei, die islamisch-konservative AKP, gegründet. Im Wahlkampf kündigte er an, die Korruption zu bekämpfen.

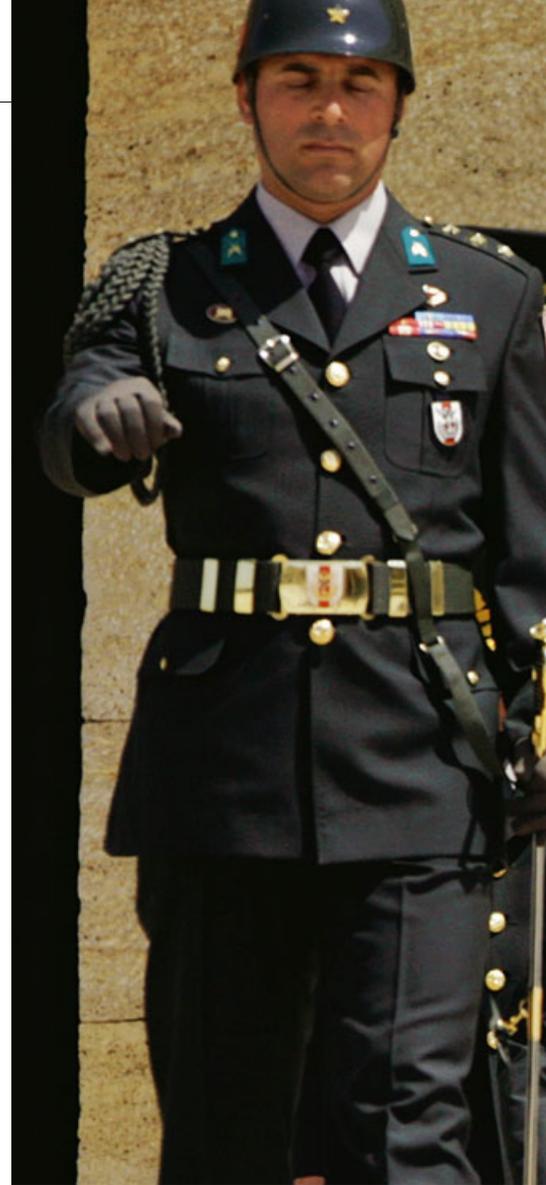
Doch schon 2004 berichten Informanten den Amerikanern von Korruption auf allen Ebenen, sogar innerhalb der Familie Erdogans. Die Beschuldigungen sind nicht bewiesen, vielleicht wollen die Quellen den Premier nur anschwärzen.

Aber sie prägen das Bild der Amerikaner von der Türkei – und das ist verheerend.

Die Gerüchte klingen ungeheuerlich. So soll einer der wichtigsten Berater der Regierung einer Journalistin anvertraut haben, dass sich Erdogan bei der Privatisierung einer staatlichen Ölraffinerie bereichert habe. Einer Quelle im Energieministerium zufolge soll er im vergangenen Jahr die Iraner unter Druck gesetzt haben, einen Gas-Pipeline-Deal mit einer türkischen Firma einzugehen, die einem seiner Schulfreunde gehört. Das Geschäft hat Beobachter verwundert: Denn das Unternehmen baut Häfen aus, hat aber kaum Erfahrung im Energiebereich. Erdogan selbst soll, so behaupten zwei Informanten der Amerikaner, über acht Konten in der Schweiz verfügen.

Die Erdogan-Partei AKP dementiert vehement alle Vorwürfe. Und der Premier sagt, seinen Reichtum habe er durch Geschenke erlangt, die Gäste seinem Sohn bei der Hochzeit überreichten. Außerdem finanziere ein türkischer Geschäftsmann seinen vier Kindern das Studium in den USA. Die US-Botschaft hält diese Erklärungen für „eine faule Ausrede“.

Aber Erdogan weiß offenbar, wie man die Basis für sich gewinnt: Als seine AKP eine empfindliche Niederlage bei der Bürgermeisterwahl 2004 in Trabzon einstecken musste, soll er, so die Botschaftsdokumente, seinen engen Vertrauten Faruk Nafiz Özak als Präsidenten des Fußballclubs Trabzonspor installiert haben. Die Depeschen geben unbewiesene Behauptungen von Informanten wieder, demnach soll der Premier Özak einige Millionen Dollar aus einer geheimen Staatskasse überwiesen haben. Er möge mit dem Geld, so ein Schreiben vom Juni 2005, bessere Spieler kaufen, um dem neu-



Premierminister Erdogan: „Er hat noch nie ein

en Bürgermeister den Rang abzulaufen. Bis zum Redaktionsschluss war von Erdogan keine Stellungnahme zu erhalten.

Der Premier habe die AKP zu einer „Erdogan-Maschine“ umgebaut, konstatiert die US-Botschaft. Viele AKP-Spitzenkräfte seien Mitglied in einer muslimischen Bruderschaft; auch Erdogan und Staatspräsident Abdullah Gül.

Es gebe allgemein „zu wenig Sachverstand“ in der Regierung, kritisiert US-Botschafter Eric Edelman schon im Januar 2004: „Einige AKP-Leute wachsen zwar an ihrem Amt, andere sind inkompetent, gehen Privatinteressen nach oder

... in surrounding himself with an inner ring of sycophantic (but contemptuous) advisors, Erdogan has isolated himself from a flow of reliable information, which partially explains his failure to understand the context -- or real facts -- of the U.S. operations in Tel Afar. Fallujah

Urteil des US-Botschafters über Erdogan vom 30. Dezember 2004:

„Erdogan hat sich dem Fluss verlässlicher Informationen entzogen, was teilweise seine Probleme erklärt, den Kontext zu verstehen.“



BURHAN OZBILICI / AP

realistisches Weltbild gehabt“

den Wünschen ihrer religiösen Gemeinschaft. Politiker in den Provinzen sind engstirnige Islamisten.“

Viele hochrangige Staatsdiener sagen den Amerikanern, sie seien entsetzt über Erdogans Personal. So habe Erdogan einen „ignoranten, islamistischen Akademiker“ zu seinem Unterstaatssekretär gemacht. Frauenministerin Nimet Çubukçu, so lästern US-Informanten, habe ihren Job bekommen, weil sie mit Erdogans Ehefrau Emine befreundet sei. Çubukçu setzt sich für die Kriminalisierung von Ehebruch ein. Einem Minister sagen sie Vetternwirtschaft nach, Verbindungen zum Heroinschmuggel und eine Vorliebe für viel zu junge Mädchen.

Vom Wahlvolk werden Erdogan und die AKP verehrt, schreiben US-Diplomaten 2004: „Erdogan ist der geborene Politiker“, „volkstümlich“ und „charismatisch“, er habe „die Instinkte eines Straßenkämpfers“. Der Premier, aufgewachsen in einem rauen Hafenbezirk Istanbul, engagierte sich schon als junger Mann in einer radikal-islamistischen Organisation und trat dem konservativen Orden der Nakşibendye bei. Noch vor Regierungs-

antritt bekannte er: „Demokratie ist wie ein Zug: Wenn wir an der Station sind, wo wir hin wollen, steigen wir aus.“

Damals lernte er Abdullah Gül kennen, mit dem er später den Aufstieg der AKP organisierte. Beide verbindet inzwischen eine tiefsitzende Rivalität. Immer wieder stänkere Gül gegen Erdogan, vor allem dann, wenn der Premier auf Reisen im Ausland sei. Gül, damals Außenminister, versuche, so werten das die Amerikaner im März 2005, Erdogans Politik zu untergraben, um mehr Macht über die Partei zu gewinnen. Er spreche, anders als Erdogan, Englisch und stelle sich, sagen die Diplomaten, als moderat und modern dar.

In Wahrheit aber, so beurteilt die US-Botschaft Aussagen aus Güls Umfeld, sei er ideologischer als Erdogan und antiwestlich. Gül nutze fast jede Gelegenheit, Erdogan schlecht aussehen zu lassen – er lästere über ihn sogar vor Staatsgästen. Lange arbeitete Gül darauf hin, Präsident zu werden und damit Erdogan ebenbürtig zu sein; der Konkurrent versuchte, das zu verhindern – ohne Erfolg, Gül wurde Präsident.

Erdogans Berater und Außenminister Ahmet Davutoglu verstünden wenig von

der Politik außerhalb Ankaras, meinen die Amerikaner. Das halten sie für misslich, denn sie wollen die Türkei in der EU sehen. Sie glauben nur nicht, dass es dazu kommt. Um ernsthaft verhandlungsfähig zu sein, „müsste die Regierung ein paar tausend Mitarbeiter einstellen, die gut Englisch sprechen und von den EU-Bürokraten ernst genommen werden“, schrieb der Botschafter. Bisher habe die AKP vor allem Vertraute aus islamistischen Bruderschaften eingestellt.

Einige AKP-Politiker unterstützen nach Einschätzung der Amerikaner den EU-Beitritt aus „finsternen und verwirrenden“ Gründen, auch weil sie glauben, die Türkei müsse den Islam in Europa verbreiten. Das Mitglied eines führenden AKP-Think-Tanks überspitzte es nach Aussagen von US-Diplomaten Ende 2004 so: „Wir wollen Andalusien zurück und uns für die Niederlage bei der Belagerung Wiens 1683 revanchieren.“

Außenminister Ahmet Davutoglu geht zwar nicht so weit, aber die Amerikaner sind alarmiert über seinen imperialistischen Ton. Im Januar 2010 resümiert der US-Botschafter eine Davutoglu-Rede in Sarajevo. „Davutoglus These: Dem Balkan, dem Kaukasus und dem Nahen Osten sei es unter Kontrolle und Einfluss der Osmanen bessergegangen. Seitdem haben Teilung und Krieg verheerende Auswirkungen gehabt. Jetzt jedoch sei die Türkei zurück und bereit zu führen. Davutoglu: Wir werden den osmanischen Balkan wiederherstellen.“

Davutoglus Selbstüberschätzung und seine neosomanische Vision bereiten den Amerikanern Sorgen – die Türkei habe „Ambitionen wie Rolls-Royce, jedoch nur die Mittel von Rover“, heißt es lapidar. Ein hochrangiger Regierungsbeamter hat nach den Botschaftsdepeschen schon 2004 vor den islamistischen Einflüssen Davutoglus auf Erdogan gewarnt: „Er ist besonders gefährlich.“

Unter Erdogans Truppe haben sich die Beziehungen zu Israel dramatisch verschlechtert. Die Regierungen stritten sich über den Krieg gegen die Hamas und den Angriff auf die Gaza-Hilfsflotte. Der israelische Botschafter in Ankara, Gabby Levy, behauptet im Oktober 2009, dass Erdogan die Verstimmung provoziere. „Er ist ein Fundamentalist. Er hasst uns aus religiösen Gründen“, wird Levy in einem vertraulichen Schreiben zitiert.

Die Amerikaner beobachten besorgt, wie sich Erdogan immer weiter vom Westen entfernt. Ob das System Erdogan im Nato-Land Türkei wirklich stabil bleibt, wissen sie aber auch nicht: „Jeder Tag hier ist anders. Keiner kann sicher sein, nach welcher Seite die gesamte Choreografie aus dem Gleichgewicht gerät“, schreibt Botschafter James Jeffrey Ende Februar 2010 nach Washington. „Gebt acht.“

MAXIMILIAN POPP



XINHUA/GAMMA/LIAI

Führer Kim Jong Il (r.), Aufsteiger Kim Jong Un in Pjöngjang am 10. Oktober: Einmal mehr die ganze Welt erschreckt

NORDKOREA

Wie Lippen und Zähne

Die Amerikaner verlangen von Peking, den schießwütigen Diktator Kim Jong Il zur Räson zu bringen.

Noch immer gilt China als treue Schutzmacht des Kim-Regimes.

Es geht 240 Stufen hinauf, dann durch ein traditionelles chinesisches Tor, vorbei an einem Pavillon. Zwischen Pinien und Zypressen liegen hier, auf einem Hügel im Bezirk Hoechang in Nordkorea, 134 chinesische Soldaten begrabene.

Sie gehörten zu den 2,3 Millionen „Freiwilligen“, die Anfang der fünfziger Jahre an der Seite nordkoreanischer Truppen gegen die „amerikanischen Aggressoren und ihre südkoreanischen Lakaien“ kämpften, wie es in nordkoreanischen Geschichtsbüchern heißt.

Auch der Soldat Mao Anying ist hier bestattet, ein Sohn Mao Zedongs. Er starb mit 28 Jahren bei einem US-Luftangriff, sein Grab ist mit einer weißen Büste verziert. 60 Jahre nach seinem Tod stieg vorige Woche Nordkoreas Verteidigungsminister Kim Yong Chun die Treppe hoch, um der Gefallenen zu gedenken. Sie hätten „einen großen Beitrag für den Frieden Asiens und der Welt“ geleistet.

Fast zeitgleich unterzeichnete Chinas Gesundheitsminister Chen Zhu in Pjöngjang ein Abkommen über medizinische Zusammenarbeit. Und Nordkoreas Herrscher Kim Jong Il besuchte ein Symbol

der Freundschaft beider Staaten: das Glaswerk Taean – eine Fabrik, ausgerüstet mit Maschinen aus Hongkong, die Peking den Nordkoreanern vor einigen Jahren schenkte. Das Werk zeige die „Vitalität der Verbindung zwischen beiden Ländern“, befand der Diktator.

Daran mochten auch die dramatischen Ereignisse an der Grenze zwischen Nord- und Südkorea nichts ändern. Kims Artillerie hatte am Dienstag die Insel Yeonpyeong beschossen, vier Zivilisten und Soldaten getötet, mehrere Häuser in Brand gesetzt – und einmal mehr die ganze Welt erschreckt.

Während viele Regierungen Nordkorea verurteilten und Washington für ein lange geplantes Manöver mit seinen südkoreanischen Verbündeten den Flugzeugträger „George Washington“ vor der nordkoreanischen Küste aufkreuzen ließ, reagierte Peking milde: Die „beteiligten Seiten“ sollten „jede Form militärischer Provokation“ unterlassen, mahnte Premier Wen Jiabao. Mehr war aus dem großen Nachbarland nicht zu hören. Außenminister Yang Jiechi sagte „wegen Termenschwie-

rigkeiten“ sogar eine Reise nach Südkorea ab – weil die Nordkoreaner den Besuch in dieser Situation als Affront verstehen könnten.

Die Lage in der Region ist prekär: Im Fall eines Angriffs auf Nordkorea müssten die Chinesen ihren Genossen zu Hilfe eilen, dazu zwingt sie ein „Freundschafts- und Beistandspakt“, der 1961 geschlossen wurde. Auch die Amerikaner wären unter bestimmten Umständen verpflichtet, den befreundeten Südkoreanern beizustehen – laut einem „Gemeinsamen Verteidigungsvertrag“.

Deshalb versuchten sie vorige Woche, die Nordkoreaner mit Hilfe Pekings zur Räson zu bringen. „China hat Einfluss auf Nordkorea, und wir würden erwarten, dass es diesen Einfluss nutzt“, forderte Außenamtssprecher Philip Crowley.

Da hofft er wohl vergebens. China wird alles vermeiden, was die Ruhe an seinen Grenzen gefährden könnte. Aus Angst vor unberechenbaren Reaktionen in Pjöngjang wagen die KP-Führer keinen Kurswechsel gegenüber ihren Brüdern.

Sie stehen dem Kim-Clan näher, als es die Welt vermutet. Wie „Lippen und Zähne“, so die Propaganda beider Länder, sei das Verhältnis, eine „in Blut getauchte“ Verbindung. Schließlich waren während des Korea-Krieges zwischen 1950 und 1953 rund 400.000 chinesische Soldaten gefallen. Nordkorea sei ein „enger Genosse und ernsthafter Freund“, sagte Staats- und Parteichef Hu Jintao jüngst – und meinte dies durchaus ernst.

Gleich zweimal dieses Jahr empfing er Herrscher Kim. Und Zhou Yongkang, der im Ständigen Ausschuss des Politbüros für Sicherheit zuständig ist, stand in Pjöngjang mit den Kims zum 65. Jahrestag der Parteigründung auf der Tribüne, als feierlich das Militär vorbeimarschierte.



IMAGO STOCK & PEOPLE

Rivalen Barack Obama, Hu Jintao
Zum Beistand verpflichtet

Damit segnete die chinesische Führung den Aufstieg des jungen Thronfolgers Kim Jong Un ab.

Und doch kommt die jüngste nordkoreanische Attacke der Peking-Führung äußerst ungelegen – ähnlich wie die letzten Nuklear- und Raketentests und die mutmaßliche Versenkung des südkoreanischen Kriegsschiffs „Cheonan“ im März, bei der 46 Seeleute starben. Sie fürchtet, Washington könnte die Krise nutzen, um seine militärische Präsenz in Ostasien zu verstärken. Aber auch, dass Rivale Japan weiter aufrüsten wird und womöglich eine eigene Atombombe baut.

Ansonsten setzt die chinesische KP auf Geduld. Nur so sei der schwierige Nachbar zu wirtschaftlichen Reformen zu überreden, beteuern Funktionäre. Natürlich will die Regierung auch eigene Interessen wahren. Rund die Hälfte aller nordkoreanischen Importe stammen aus China, das wiederum ein Drittel der gesamten nordkoreanischen Exporte übernimmt.

Peking sicherte sich auf 50 Jahre das Recht, die Eisenerz-Mine in Musan auszubeuten, und chinesische Firmen bauen die Sonderwirtschaftszone Rajin im Norden mit aus. Als Gegenleistung erhält China Zugang zu einem eisfreien Hafen am Japanischen Meer.

Aber nicht alles in den Beziehungen zu Pjöngjang ist nur strategisches Kalkül, die Chinesen empfinden auch tiefe politische Sympathie für die Nordkoreaner. Chinesische Wissenschaftler und Diplomaten, die dafür plädieren, den erratischen Nachbarn nicht mehr mit Samthandschuhen anzufassen, konnten sich gegen die sogenannten Traditionalisten in der KP bislang nicht durchsetzen. Die Konservativen meinen, dass sich Nordkorea zwar nicht immer klug verhält, aber wegen der gemeinsamen Vergangenheit gestützt werden muss.

„Tragisch“ sei die Lage der Nachbarn, befand das englischsprachige KP-Organ „Global Times“ vorige Woche. Und die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua gab ausführlich den Standpunkt des Kim-Regimes wieder, wonach der Angriff auf Yeonpyeong nur eine Abwehrreaktion auf südkoreanische Übergriffe gewesen sei. Das war ein deutlicher Hinweis, dass Peking den Nordkoreanern mehr glaubt als der Führung in Seoul.

Auch Chinas Vizepräsident Xi Jinping – er wird 2012 voraussichtlich Parteichef werden – pries jüngst bei einer Feier mit Kriegsveteranen die Freundschaft mit den Nachbarn. Dabei rechtfertigte der neue starke Mann Chinas Militäreinsatz vor 60 Jahren. Die USA hätten Peking einen „imperialistischen Krieg“ aufgezwungen, als ihre Truppen den 38. Breitengrad Richtung Norden überquerten.

Dass Nordkorea den Krieg angezettelt hatte, vergaß Xi zu erwähnen.

ANDREAS LORENZ, WIELAND WAGNER

FRANKREICH

Im Reich der Fabeln

Waffengeschäfte mit Pakistan und ein Anschlag mit 14 Toten: Paris wird von einer dubiosen Affäre eingeholt. Und wieder dreht sich alles nur um eine Frage: Was wusste Nicolas Sarkozy?



THOMAS KOEHLER/PHOTOTHEK.NET

Ehepaar Sarkozy: „In keiner Weise betroffen“

Eigentlich sah es ganz gut aus für Nicolas Sarkozy: Die Streiks und Demonstrationen gegen die Rentenreform waren ins Leere gelaufen, die Umbesetzungen im Kabinett vollzogen, der sperrige Arbeitsminister, der wegen Parteienfinanzierung unter Druck geriet, war entsorgt. Selbst der Absturz des Präsidenten in den Meinungsumfragen schien gestoppt. „Der neue Sarkozy ist angekommen“, schrieb die Zeitung „Libération“.

Wirklich? Nur wenige Tage nachdem der Staatschef mit Blick auf die Präsidentschaftswahl 2012 sein neues „Kampfkabinett“ ernannt hat, holt ihn eine alte Affäre ein: Er muss sich gegen Anschuldigungen wehren, die ihn mit einem Skandal aus den neunziger Jahren in Verbindung bringen. Mit einer Geschichte, die in die Ära seines Amtsvorgängers zurückreicht.

Es geht um millionenschwere Waffengeschäfte, Bestechung von Militärs und Politikern, Schiebereien zwischen Finanzoasen wie Luxemburg, Liechtenstein oder der Isle of Man, und es geht um Mord – 14 Menschen starben im Mai 2002 bei einem Anschlag in Pakistans Hafenstadt Karatschi. „Karatschigate“ heißt die Affäre seitdem.

Die Opposition, aber auch innerparteiliche Rivalen wie Ex-Premier Dominique de Villepin nutzen die Enthüllungen bereits zu Attacken gegen Sarkozy, auch wenn bislang nicht klar ist, ob und wie tief er im Sumpf der Staatsaffäre steckt. Der Elysée beteuert, dass der Präsident „in keiner Weise“ von dem Dossier betroffen sei. Unstrittig aber ist, dass Sarkozy, zur betreffenden Zeit Haushaltsminister, den Deal abgenickt hat.

Die laufenden Ermittlungen, so der Internetdienst Mediapart, „schließen den französischen Staatschef direkt ein. Die Präsidentschaft ist bis in die Grundfesten erschüttert“.

Die Geschichte beginnt 1994, als Edouard Balladur in Paris als Regierungschef amtiert. Am 21. September unterzeichnet sein Verteidigungsminister einen Vertrag über den Verkauf von drei U-Booten der Agosta-Klasse an Pakistan, zum Preis von umgerechnet 825 Millionen Euro. Vorausgegangen waren langwierige Verhandlungen – offenbar setzte sich die Traditionsfirma DCN nur dank üppiger Provisionszahlungen an pakistanische Militärs und Politiker gegen Konkurrenten aus Schweden und Deutschland durch.

Die Schmiergelder, 85 Millionen Euro, wurden von der Staatsfirma als „kommerzielle Sonderausgaben“ verbucht. Das gehörte seinerzeit zu den Usancen militärischer Exporte und war sogar legal. Ganz und gar illegal jedoch war, dass ein Teil dieser Zahlungen wohl auf Umwegen nach Frankreich zurückfloss. Zu den Empfängern gehörte laut Ermittlern auch Premier Balladur, der mit den Geldern seinen Präsidentschaftswahlkampf finanzieren wollte. Enger Mitarbeiter und Sprecher der Kampagne war der damalige Haushaltsminister: Nicolas Sarkozy.

Aber Balladur hat Pech, sein Parteigenosse Jacques Chirac gewinnt die Wahlen. Als der Staatschef erfährt, Balladur habe durch den Agosta-Deal womöglich über heimlich sprudelnde Geldquellen verfügt, lässt er die noch ausstehenden Kommissionszahlungen nach Pakistan stoppen. Ruchbar wird das alles erst sechs Jahre später.

Denn am 8. Mai 2002 werden bei einem Sprengstoffanschlag auf einen Bus in Karatschi drei Pakistaner und elf Franzosen getötet, die dort den Bau der U-Boote überwachen. Die Bluttat wird al Qaida zugeschrieben – eine Hypothese, die acht Monate nach den Terroranschlägen vom 11. September überzeugend scheint. Bei der Trauerfeier verspricht Präsident Chirac den Hinterbliebenen: „Die Republik weiß, was sie Ihnen schuldet, und wird es nicht vergessen.“

Magali Drouet und Sandrine Leclerc, die damals an den mit der Trikolore geschmückten Särgen standen, vertreten heute sechs der betroffenen Familien. Sie sind Mitte zwanzig, als die Leichen ihrer Väter aus Karatschi zurückgebracht werden. Beide haben nun gemeinsam ein Buch verfasst, in dem sie die mangelnde Aufklärung und die Untätigkeit der französischen Regierung anprangern**.

Drouet ist selbst Angestellte der Werft DCN. Zusammen mit Sandrine Leclerc, die als Lehrerin für Biotechnologie bei Perpignan arbeitet, beschreibt sie in dem Buch ihre Enttäuschungen und seelischen Verletzungen. Von der Leitung der Werft gedemütigt und isoliert, von den Behörden zeitweise überwacht, beginnt sie, unbequeme Fragen nach den Umständen des Anschlags zu stellen und nach den Hintergründen – „erst voller Trauer, dann voller Zorn“.

Denn die Pariser Regierung hat sich auf die „islamistische Fährte“ festgelegt, gemäß dem in Karatschi verkündeten Kurs. Dort werden prompt drei Männer als Handlanger Osama Bin Ladens verhaftet, vor Gericht gestellt und zum Tode durch den Strang verurteilt. Erst sechs Jahre später wird das Urteil „mangels Be-



Zerstörter Bus in Karatschi, Angehörige*
„Erst voller Trauer, dann voller Zorn“

weisen“ kassiert; der Richter rügt die offensichtlich einseitigen Nachforschungen.

Dabei gibt es schon Tage nach dem Anschlag Zweifel an der offiziellen Darstellung: US-Experten sind überzeugt, dass Extremisten nicht ohne weiteres Franzosen in die Luft sprengen würden. Und der damalige DCN-Chef protokolliert, dass nur wegen des U-Boot-Deals sein „Werftpersonal zur Zielscheibe wurde“. Diese These wird auch von internen Berichten, Codewort „Nautilus“, gestützt. Dennoch beharren die Behörden weiter auf einem Terrorkomplott.

„Die Qaida-Spur war eine Leimrute“, sagt Olivier Morice, der Anwalt der Hinterbliebenen. Er glaubt, dass die Franzosen Opfer eines Racheakts wurden, weil ihre Regierung sich nicht mehr an die Absprachen hielt. „Alles spricht dafür, dass der Anschlag stattfand, weil Frankreich nicht die im U-Boot-Vertrag vereinbarten Zahlungen geleistet hat“, so Morice.

Sechs Jahre bleibt diese These tabu, mit Rücksicht auf die Staatsräson. Einsam kämpfen Magali Drouet und Sandrine Leclerc gegen die Mühlen der Justiz. „Wir wurden von den Ermittlungen ferngehalten“, sagt Drouet, „wir ruderten im Sand.“ Erst als die Medien 2008 neue Dokumente über das Attentat zutage fördern, wird die Darstellung der Regierung erschüttert. In diesen Unterlagen, auf die die neuberufenen Untersuchungsrichter Marc Trévidic (Terroris-

mus) und Renaud Van Ruymbeke (Finanzdelikte) heute ihre Ermittlungen stützen, taucht mehrfach der Name Sarkozy auf.

Zentrales Beweisstück ist ein Papier, das französische Polizisten bei einer Hausdurchsuchung am Hauptsitz der DCN-Werft beschlagnahmten. Es schildert, bestätigt durch einen Bericht der luxemburger Kriminalpolizei, den Aufstieg und Fall einer Tarnfirma mit dem poetischen Namen Heine. Gegründet wurde das Finanzunternehmen von der DCN im verschwiegene Großherzogtum, offenbar mit dem Segen der „zwei Nicolas“. So hießen in Paris damals die engsten Vertrauten von Premier Balladur: Bürochef Bazire und Haushaltsminister Sarkozy.

Demnach dienten Heine und die Nachfolgefirma Eurolux zwischen 1994 und 2004 als Drehscheiben für die Zahlung von Schmiergeldern; insgesamt 76 Millionen Euro flossen über ihre Konten. 52 Millionen dienten dazu, die pakistanische Entscheidungsträger für den Agosta-Deal zu erwärmen. Der Rest der Summe floss über Strohmann zurück nach Frankreich – ein Teil zur Unterstützung des Wahlkampfes von Edouard Balladur.

Der Ex-Premier bezeichnet die Vorgänge heute als „alte Geschichten“. Sarkozy jedoch reagiert aggressiv, als er im Juni 2009 auf die Rücküberweisungen angesprochen wird: „Das ist lächerlich, ja grotesk“, poltert er los und bezeichnet die Vorgänge als „un glaubwürdige Fabel“.

Im Herbst 2006 hatte Sarkozy das alles noch ziemlich ernst genommen. Kurz vor dem Endsprint in seinem eigenen Präsidentschaftswahlkampf wird er durch ein Schreiben von Jean-Marie Boivin aufgeschreckt, der bei der Firma Heine die Bestechungsgelder über diverse Auslandskonten lenkt. Der Manager, den der Schiffsbauer DCN bei der Schließung der Tochterfirma vor die Tür setzte, will sich mit seiner Abfindung von 610 200 Euro nicht zufriedengeben. Er fordert rund acht Millionen. Andernfalls will er kompromittierende Dokumente offenlegen.

Auf Anweisung, wohl von Sarkozy, werden zwei frühere Geheimdienstler nach Luxemburg geschickt, um den Erpressungsversuch zu stoppen. Das Manöver misslingt, denn Boivin hat seine Beweise in einem Schweizer Banksafe hinterlegt. Aus Angst vor dem Skandal knickt die Regierung ein. Bei einem diskreten Treffen auf der Isle of Man unterschreibt ein „hoher Beamter der französischen Regierung“ die Zahlung der Millionen. Das erkaufte Schweigen geht auf Kosten des Steuerzahlers.

Magali Drouet und Sandrine Leclerc aber warten noch immer auf die ganze Wahrheit. „Wir haben keine Rechnung zu begleichen, wir verfolgen keine Spur“, beteuert Drouet. „Wir wollen nur wissen, warum unsere Väter gestorben sind.“

STEFAN SIMONS

* Oben: nach dem Anschlag 2002; unten: Magali Drouet, Sandrine Leclerc.

** „On nous appelle ‚les Karachi‘“. Fleuve noir, Paris; 262 Seiten; 17,50 Euro.

Eine bizarre Tat

Vor einem Jahr raubten Kriminelle den Schriftzug „Arbeit macht frei“ aus dem KZ Auschwitz. In Krakau kommen nun ein schwedischer Ex-Nazi und ein polnischer Bauunternehmer vor Gericht.

Zehntausende sind unter diesem zynischen Schriftzug hindurch in den Tod gegangen – und jetzt streift sich Aleksandra Papis, die Chefkonservatorin im Museum Auschwitz, OP-Handschuhe über, bevor sie die Lettern aus Blech berührt. Behutsamkeit ist bei ihr das oberste Gebot.

Papis und ein Kollege heben das erste Fragment aus einer Holzkiste: „ARBEIT“. Es ist angekratzt. Das zweite Bruchstück –

Nun geht es um die Drahtzieher. Ein Bauunternehmer aus der Nähe von Toruń und ein Schwede haben gestanden, die Organisatoren des Diebstahls zu sein. Die Staatsanwaltschaft in Krakau teilte vergangenen Donnerstag mit, sie habe Anklage erhoben.

Was treibt Menschen an, solch eine Tat zu begehen? Sind es Neonazis, Sammler von NS-Devotionalien oder Geschäftemacher? Und steckt tatsächlich ein Mil-

lierten Wachleute. Bis zu jener Dezembernaut schien es absurd, dass jemand hier einbrechen würde – in diese Anlage mit dem allgegenwärtigen Stacheldraht, den Wachtürmen, der Erschießungswand bei Block 11, dem Galgen gleich am Eingang rechts und der Gaskammer neben dem Hauptgebäude.

Als Papis den Tatort erreichte, war die Spurensicherung schon da: „Das ist kein Diebstahl, das ist eine Entweihung“, sagte ein Museumssprecher.

Papis ist eine schlanke Frau von 32 Jahren, sie hat in Krakau Restaurierung studiert. „Auschwitz ist eine besondere Herausforderung“, sagt sie: „Wir haben gelernt, Kunstwerke zu erhalten. Hier müssen wir alte Schuhe, Koffer oder Zahnbürsten konservieren.“

Ein großer Teil des Stammlagers waren zunächst Kasernen, später wurden viele Gebäude von halbverhungerten Zwangsarbeitern und Häftlingen errichtet. Die



Losung über dem Eingang des ehemaligen Todeslagers Auschwitz, Angeklagter Högström: „Für wie viel kann man das wohl verkaufen?“

„MACHT“ – ist schwer verbogen, beim „FREI“ ist das I abgebrochen.

Papis überwacht die Reparatur des Schriftzugs. Ausgerechnet zwei Gasrohre hatte der polnische Häftling Jan Liwacz 1940 zurechtgebogen und dazwischen die 15 aus Blech gestanzten Buchstaben geschweißt. Das B brachte er falsch herum an, ein winziger Akt des Widerstands.

70 Jahre später haben Diebe sein Werk zerstört: Vier Kleinkriminelle brachen vor fast einem Jahr nachts in die KZ-Gedenkstätte Auschwitz ein, rissen den Torbogen aus der Fassung über dem Haupteingang, zersägten ihn und schafften ihn davon. Eine bizarre Aktion. Drei der Täter sitzen bereits verurteilt im Gefängnis.

lionär aus der rechtsradikalen Szene Schwedens hinter allem?

Aleksandra Papis erinnert sich noch genau an den Morgen des 19. Dezember vor einem Jahr. Es war kalt, Schnee lag im Eingang zum Stammlager Auschwitz I, eine Trittleiter stand herum. Die Bande, es waren vier Männer aus der Umgebung von Czernikowo bei Toruń, hatte leichtes Spiel gehabt. Nachts ist es stockdunkel zwischen den ehemaligen Lagergebäuden.

Zwei Schrauben mit Sechskant-Muttern hielten den Torbogen in der Fassung, er ist leicht abzumontieren: Das Eingangstor ist bis heute die einzige Zufahrt für die Feuerwehr. Nur gelegentlich patrouil-

Ziegel und Dachpfannen sind Billigprodukte aus jener Zeit.

Den Torbogen mit dem Schriftzug „Arbeit macht frei“ hatten die Diebe über den Boden geschleift, rund 50 Kilogramm ist er schwer und gut fünf Meter breit. Sie knickten ihn, bis er brach, und bugsierten ihn dann durch eine Lücke in der Betonmauer, hinter der heute die Schnellstraße nach Krakau verläuft.

Papis hat sich an verschiedene Technische Universitäten gewandt, um Hilfe bei der Restaurierung zu bekommen. Das Metall zu schweißen und wieder in die alte Form zurückzubiegen ist nicht einfach, es ist im Lauf der Zeit bröcklig geworden. Die Krakauer Bergbau-Akade-